

Monitoring 2024.5 vom 29.01.2024



## ANALYSE I

S. 3

### AI ACT: WER ÜBERNIMMT IN DEUTSCHLAND DIE KONTROLLE?

Der AI Act ist eigentlich beschlossen, doch die Bundesregierung hadert noch mit den Ergebnissen – und ihrem Abstimmungsverhalten beim finalen Votum. Zugleich nimmt die Debatte um die nationale Umsetzung der Verordnung an Fahrt auf. Mehrere nationale Behörden bringen sich für die anstehenden Aufgaben in Stellung.



## ANALYSE II

S. 6

### MOBILFUNKMARKT: GUTACHTEN SIEHT GENUG WETTBEWERB

Nicht nur die Frage der Art der Frequenzvergabe treibt die BNetzA derzeit um, sondern auch deren Nebenbedingungen. Nun scheint es eine Antwort auf eine der drängendsten Fragen zu geben: Es gibt genug Wettbewerb auf dem deutschen Mobilfunkmarkt, sagt ein Gutachten für die BNetzA. Eine Diensteanbieterverpflichtung scheint damit nicht mehr realistisch.



## ANALYSE III

S. 10

### EUROPAWAHL: WIE DIE PARTEIEN EUROPA GESTALTEN WOLLEN

Vor einer veränderten geopolitischen Ausgangslage nimmt das Thema Resilienz und Sicherheit einen zentralen Stellenwert in den Programmen zur Europawahl ein. Doch auch die gezielte Förderung und Verringerung von Abhängigkeiten sollen vorangetrieben werden. Ein Überblick.



## ERGEBNISSE

S. 14



### BUNDESREGIERUNG

Die Antrags- und Bewilligungspause für KTF-Förderprogramme des BMWK ist aufgehoben

Das Bundesbauministerium nimmt kreislaufgerechtes Planen und Bauen in den Blick



### BUNDESTAG

Unionsfraktion fragt nach KI in der Arbeitswelt

Umgang der Ampel mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten ist beschämend



### STAKEHOLDER

Daten quantensicher verschlüsseln: BSI bewertet verfügbare Technologien

Positionspapier: Mehr digitale Partizipation wagen



## STATUS

S. 30



### NEU

- Keine neuen Gesetze und Verordnungen



### IM PROZESS

- Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)



### VERABSCHIEDET

- Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen



## AUSBLICK

S. 55



### BUNDESTAG

149. Sitzung des Deutschen Bundestages

151. Sitzung des Deutschen Bundestages

80. Sitzung des Finanzausschusses (Öffentliche Anhörung)



### BUNDES RAT

1041. Sitzung des Bundesrates



### TERMINE

eco-Neujahrsempfang

GEMA zu KI, Musik und Urheberrecht

HIIG zu autonomer Mobilität  
Tagesspiegel zu KI



EDITORIAL

# BRÜSSEL KÜNDIGT BOOSTER FÜR KI-START-UPS AN

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

nachdem in den vergangenen Monaten sehr viel über die Regulierung von KI durch den europäischen AI Act (vgl. Analyse I) gesprochen wurde, will die EU-Kommission nun ein Zeichen für KI-Innovationen setzen. Am Mittwoch kündigte sie ein Bündel an Maßnahmen an, durch das europäische Start-ups und KMU bei der Entwicklung von vertrauenswürdiger KI, die "den Werten und Vorschriften der EU entspricht", unterstützt werden sollen. Dabei zentral ist ein Vorschlag zur Änderung der EU-Verordnung zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen (European High Performance Computing, EuroHPC), kurz EuroHPC-Verordnung, wodurch sich auch für Start-ups und KMU der Zugang zu Hochleistungsrechnern verbessern soll. Für sie will die Kommission eine zentrale Anlaufstelle einrichten und Unterstützung anbieten. Vorgesehen ist durch die Änderung der Verordnung etwa, die Anschaffung, Aufrüstung und den Betrieb von KI-Supercomputern zu ermöglichen, die zum Training großer KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck (GPAI) nötig sind. Rückmeldungen an die Kommission zu dem Vorschlag sind noch bis 25. März möglich. Im nächsten Schritt werden EU-Parlament und Rat die vorgeschlagenen Änderungen an der EuroHPC-Verordnung beraten.

Finanzielle Hilfen für KI-Start-ups und KI-Innovationen sollen über die Programme Horizont Europa und Digitales Europa zur Verfügung stehen. Hierfür verspricht die Kommission zusätzliche öffentliche und private Investitionen von rund vier Milliarden Euro bis 2027. Sie will zudem ein "AI Office" einrichten, das die KI-Politik koordinieren und die Durchführung des AI Act beaufsichtigen soll. "Allgemein wird das KI-Amt Wissens- und Verständnisgrundlagen in Bezug auf KI aufbauen und die KI-Übernahme und -Innovation fördern", schreibt die Kommission. Der Beschluss zur Einrichtung des KI-Amtes trete am 21. Februar in Kraft.

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche!



ELENA METZ

Analystin für Digitalpolitik

- ☎ 030 290 21 11422
- @ elena.metz@tagesspiegel.de
- 🐦 <https://twitter.com/TspMonitoringDi>

 ANALYSE I

# AI ACT: WER ÜBERNIMMT IN DEUTSCHLAND DIE KONTROLLE?

KI EU

STEFFEN STIERLE

Auf EU-Ebene sind die Verhandlungen zum AI Act mittlerweile – eigentlich – abgeschlossen. Am 19. Januar konnten die Trilog-Verhandlungen zum AI Act auch auf technischer Ebene beendet werden. Doch die französische Regierung tüftelt, wie zu hören ist, wegen der Regeln für Foundation Models und der Begrenzungen bei biometrischer Fernidentifizierung schon an einer Sperrminorität. Um die Annahme der Verordnung im Rat zu verhindern, bräuchte es allerdings mindestens vier Mitgliedstaaten. Ist Deutschland ein potenzieller Verbündeter? Auch die Bundesregierung hadert mit dem Trilog-Ergebnis, wollte man doch wie die Franzosen keine Regulierung von Modellen und anders als die Franzosen strikere Biometrie-Regeln (vgl. TPM 2024.04). Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) würde sich nun am liebsten enthalten, während das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zur Zustimmung neigt. Die Abstimmung in und zwischen den Ressorts läuft auf Hochtouren – ob am Ende ein Machtwort aus dem Bundeskanzleramt (BKAm) nötig ist?

"Scheitert der AI Act im EU-Rat, werden wir über Jahre keinerlei Regulierung von KI in der EU haben", warnte am Mittwoch der Grünen-Obmann im Digitalausschuss des Bundestages, Tobias Bacherle. Die Bundesregierung müsse daher "ihrer Verantwortung gerecht werden und zum AI Act stehen". Entscheidend dafür sei auch, dass die Mitgliedstaaten jetzt freiwillig strengere Regeln für den Einsatz biometrischer Überwachung festlegen dürfen. "Hiervon sollte Deutschland unbedingt Gebrauch machen."

Auf den letzten Metern zu den vermeintlich finalen Voten ist also noch einiges im Fluss. Derweil nimmt die Debatte um die nationale Umsetzung der Verordnung schon an Fahrt auf. Denn mit dem Verhandlungsabschluss ist – zumindest vorläufig – auch geklärt, welche Aufgaben in Brüssel angesiedelt werden und was auf die Mitgliedstaaten zukommt: Auf EU-Ebene geht es insbesondere um die Kontrolle von Foundation Models, während die nationalstaatlichen Behörden vor allem für die Durchsetzung der Regeln für die Anwendungen im Hochrisiko-Bereich zuständig sind. Zentral dabei wird künftig die Aufsichtsbehörde sein – für die in Deutschland gleich mehrere Stellen infrage kommen.

Darüber, was nach tatsächlicher Annahme des Gesetzestextes zu tun ist, um die erforderliche Behördenstruktur aufzubauen, wurde am Donnerstag im Rahmen einer Fachtagung des Bitkom diskutiert. Der Digitalverband will "Stakeholder zusammenbringen und einen Raum für Austausch zwischen Politik und Wirtschaft schaffen", sagte KI-Referent Kai Pascal Beerlink. An den Diskussionen beteiligt waren unter anderem die BMWK-Referatsleiter Evelyn Graß und Boris Böhme, der Cybersecurity-Chef von Bosch, Christoph Peylo, Kai Zenner, der als Mitarbeiter des EVP-Abgeordneten Axel Voss an den Trilog-Verhandlungen beteiligt war, und der Leiter des Joint Technical Committee 21 (KI) von CEN/CENELEC, Sebastian Hallensleben. Dort werden gerade die Standards für die Umsetzung der neuen Vorschriften entwickelt.

## BSI, BNETZA UND DATENSCHUTZBEHÖRDEN IN DER DEBATTE

"Die nationale Aufsichtsbehörde soll die Umsetzung der KI-Verordnung koordinieren. Sie benennt auch die weiteren zuständigen Behörden und Stellen für die Marktaufsicht und

die Konformitätsbewertung", erklärte Beerlink weiter. Außerdem halte sie den Kontakt nach Brüssel, wo es im AI Board darum gehe, für eine möglichst einheitliche Umsetzung zu sorgen. Für die Rolle der Aufsichtsbehörde sind hierzulande vor allem die Bundesnetzagentur (BNetzA), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und die Datenschutzstellen von Bund und Ländern im Gespräch. Darüber hinaus besteht die Option, die Aufgaben über mehrere Behörden zu verteilen oder eine maßgeschneiderte, ganz neue Agentur eigens für KI aufzubauen – was jedoch sehr zeit- und ressourcenaufwändig wäre.

Die Datenschutzstellen waren bei der Bitkom-Tagung in Person des Datenschutzbeauftragten Hamburgs, Thomas Fuchs, vertreten. Dieser würde bei der Umsetzung des AI Acts gerne Verantwortung übernehmen: "Zwischen KI-Verordnung und Datenschutz-Grundverordnung gibt es zahlreiche inhaltliche und strukturelle Parallelen, auch wenn die KI-Verordnung einen stärker produkt- und risikoorientierten Ansatz verfolgt", erklärte er gegenüber Tagesspiegel Background. Teilweise gehe es beim AI Act um dieselben Handlungen und Anwendungen, die schon jetzt die DSGVO reguliert. "Es liegt daher nahe, die über Jahre gewachsene Kompetenz der Datenschutzbehörden auch für die Umsetzung der KI-Verordnung zu nutzen und, statt neuer Behördenstrukturen, eine Datennutzungsaufsicht aus einer Hand zu schaffen."

Das BSI wiederum hat in den vergangenen Monaten und Jahren seine KI-Kompetenzen deutlich erweitert. "Künstliche Intelligenz ist für uns ein Querschnittsthema. Wir haben den Anspruch, dass unsere KI-Expertise mit Blick auf die Sicherheit des Bundes eine große Rolle spielt", erklärte etwa Vera Sikes, die die Kompetenzzentren "IT-Infrastrukturen" der Behörde leitet, im vergangenen September im Gespräch mit Tagesspiegel Background. In diesem Fachbereich gebe es drei KI-Referate: Strategie und Grundsatz, KI-Sicherheit sowie Bewertungsverfahren und technische Unterstützung für den digitalen Verbraucherschutz. "Zwei der Referate sind am neuen Standort Saarbrücken angesiedelt. Dort haben wir 30 Planstellen für KI und ein gutes Netzwerk, etwa mit dem DFKI, dem CISPA, dem Max-Planck-Institut und dem Bereich Informatik der Universität Saarbrücken", erklärte Sikes.

Auch in anderen Abteilungen und an anderen Standorten verfüge das BSI über KI-Kompetenzen. Sikes äußerte sich dazu: "In der Abteilung Cybersicherheit in der Digitalisierung spielt KI beispielsweise hinsichtlich des autonomen Fahrens und bei Technologien zur Absicherung des Grenzverkehrs eine Rolle. Auch in der Abteilung Operative Cybersicherheit sollen KI-gestützte Systeme eingesetzt werden." Der Fokus des AI Acts auf Produktsicherheit passt insofern zur behördlichen Struktur des BSI – für das mittlerweile auch ein Konzept vorliegt, um die Unabhängigkeit zu stärken (vgl. TPM 2024.02).

Bei der BNetzA wiederum, die bereits den Zuschlag für die zentrale Rolle bei der nationalen Umsetzung des Digital Services Acts (DSA) erhalten hat, gibt man sich hinsichtlich der Umsetzung der KI-Verordnung zurückhaltend: Der politische Prozess zum Durchführungsgesetz und Überlegungen zur nationalen Aufsicht stünden noch am Anfang, teilte ein Sprecher gegenüber Tagesspiegel Background mit. Ob und in welchem Umfang die Behörde im Zusammenhang mit dem AI Act Aufgaben übernimmt, sei Sache des Gesetzgebers. Weiter heißt es allerdings auch, die Behörde beschäftige "sich seit einigen Jahren mit dem Thema Künstliche Intelligenz und es gibt verschiedene Anknüpfungspunkte zu Aufgaben der Bundesnetzagentur sowie zu künftigen Aufgaben aus dem AI Act". Genannt werden Standardisierung und Marktüberwachung.

## WEITERE AUFGABEN ZU VERTEILEN

Auf parlamentarischer Ebene hat die BNetzA bereits Unterstützer: "Zentral ist aus meiner Sicht, dass wir mit der nationalen Aufsicht eine kohärente Kontaktstelle zur EU

bekommen, in der eine effiziente Bündelung und gute Transmission stattfindet. Meine Präferenz läge hier nicht bei den Datenschutzstellen, sondern eher bei der BNetzA, auf deren Strukturen man aufbauen könnte", sagt etwa Ronja Kemmer (CDU), Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Digitalausschuss des Bundestages. Und weiter: "Auch kann ich mir eine ergänzende Rolle des BSI gut vorstellen, was den Bereich von sicherheitsrelevanten KI-Anwendungen angeht."

Ähnlich sieht es der SPD-Berichtersteller für den AI Act, Armand Zorn: "Angesichts ihrer Erfahrungen rund um den Aufbau des Digital Services Coordinators und der interdisziplinären Expertise ihrer Mitarbeitenden könnte sich die BNetzA als zentrale Stelle für die KI-Governance anbieten. Die Anforderungen von DSA und AI Act an die nationale Aufsichtsbehörde überschneiden sich in entscheidenden Punkten, sodass Synergien in der Umsetzung geschaffen werden könnten." Wichtig sei, dass Kommunikation und Kompetenzen gebündelt werden, um eine einheitliche Auslegung der Verordnung zu gewährleisten.

Derweil betonte die Vorsitzende des Ausschusses, Tabea Rößner (Grüne), es müsse "möglichst früh" mit der Umsetzung begonnen werden. Dafür sei es wichtig, dass die politische Einigung zunächst "im letzten Schritt noch einmal formal bestätigt" wird, betonte sie mit Blick auf das ausstehende finale Votum der Mitgliedstaaten. Es gebe schon bei der Umsetzung des DSA einige Herausforderungen zu bewältigen. "Die Umsetzung des AI Acts wird noch deutlich komplizierter." Neben der konsequenten Umsetzung der schon begonnenen Arbeiten in den Standardisierungsgremien brauche es "eine öffentliche Debatte darüber, wie die Aufsichtsstruktur in Deutschland gestaltet werden kann".

Mit Blick auf die Marktüberwachung erläutert Beerlink, dass die entsprechenden Zuständigkeiten entlang der in Anhang II und III des AI Acts definierten Risikokategorien sektoral verteilt werden. "So wird die Bafin für den Bereich Finanzdienstleistungen diese Aufgabe übernehmen", nennt der Bitkom-Experte als ein Beispiel. Für die Rolle der Konformitätsbewertungsstellen, die künftig neue KI-Tools auf deren Regelkonformität hin untersuchen sollen, stehen bereits TÜV und Dekra in den Startlöchern.

#### DOKUMENTE

---

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Gesetz über künstliche Intelligenz) und zur Änderung bestimmter Rechtsakter der Union (COM/2021/206 final)  
<https://tsp.pm/JKII69>

#### WEITERE QUELLEN

---

Vorgang des Gesetzgebungsprozesses zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Gesetz über künstliche Intelligenz) und zur Änderung bestimmter Rechtsakter der Union (2021/0106/COD)  
<https://tsp.pm/eKNhZp>

Bitkom-Fachtagung: AI Act nach dem Trilog (25.01.2023)  
<http://tsp.pm/e3I6VG>

 ANALYSE II

# MOBILFUNKMARKT: GUTACHTEN SIEHT GENUG WETTBEWERB

MOBILFUNK

TELEKOMMUNIKATION

WETTBEWERB

5G

**KATHARINA SCHNEIDER**

Gibt es genug Wettbewerb auf dem deutschen Mobilfunkmarkt? An dieser Frage scheiden sich die Geister. Die einen, in erster Linie die Mobilfunknetzbetreiber Deutsche Telekom, Telefónica und Vodafone, sagen ja. Die Nachfrager, hauptsächlich Mobilfunkunternehmen ohne eigenes Netz aber auch Festnetzanbieter oder das Bundeskartellamt (BKartA), sagen nein. Seit Monaten findet eine Lobby Schlacht um die sogenannte Diensteanbieterpflicht statt. Die Mobilfunkanbieter ohne eigenes Netz, die Mobile Virtual Network Operators (MVNO) und Diensteanbieter, wollen eine Verpflichtung für die Netzbetreiber, sie zu bestimmten Konditionen auf ihre Netze zu lassen. So eine Regelung gab es in Deutschland schon einmal bei den 3G-Lizenzen. Die Netzbetreiber sind der Meinung, die aktuelle Regelung reicht.

Die aktuelle Regelung ist das sogenannte Verhandlungsgebot, das die Netzanbieter seit der Frequenzauktion 2019 dazu verpflichtet, mit MVNOs zu verhandeln. Eine Verpflichtung, dass die Verhandlungen zu einem Abschluss kommen müssen oder gar festgelegte Preise, wie die MVNOs sie teils fordern, gibt es in Deutschland nicht.

Die nächste Gelegenheit, eine solche Diensteanbieterpflicht wieder regulatorisch zu verankern, steht vor der Tür: Ende 2025 laufen die Lizenzen für die Frequenzen in den Bereichen 800 Megahertz (MHz), 1,8 Gigahertz (GHz) und 2,6 GHz aus. Wie die Frequenzen vergeben werden, darüber wird ebenfalls eifrig gestritten, wie auch um die sogenannten Nebenbedingungen der Frequenzvergabe. Zu denen gehört unter anderem auch, wie die Netzbetreiber mit den Nachfragern umgehen müssen.

## PRO UND CONTRA EINER DIENSTEANBIETERVERPFLICHTUNG

Für die Diensteanbieterpflicht sprächen, so sagen Befürworter:innen, zahlreiche triftige Gründe: So würde sie zum Beispiel für niedrigere Verbraucherpreise sorgen, für bessere Netzqualität, Festnetzunternehmen könnten mit ihr besser Fuß im Markt fassen, es gäbe mehr Innovation.

Doch offenbar spricht mehr gegen ein solches Instrument als dafür: In einem am Dienstag veröffentlichten, lange erwarteten Gutachten vom Wissenschaftlichen Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste (WIK) und dem Beratungsunternehmen EY kommen die Gutachter zu dem Schluss, dass im deutschen Mobilfunk wirksamer Wettbewerb herrscht – und zwar sowohl auf dem Vorleistungs- wie auch dem Endkundenmarkt. Mit dem Markteintritt von 1&1 käme weitere potenzielle Verstärkung für den Wettbewerb. Dadurch bestehe die Option, dass sich ein noch besseres Preis-Leistungs-Verhältnis über alle Kundensegmente hinweg einstelle.

Das Gutachten hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) in Auftrag gegeben, die über die Bedingungen der Frequenzvergabe entscheiden muss. Auch der politische Beirat, der die Behörde berät, hatte mehr Informationen über die Wettbewerbssituation am deutschen Mobilfunkmarkt gefordert. BNetzA-Chef Klaus Müller sagte, die Behörde werde das Gutachten bei der anstehenden Frequenzvergabe berücksichtigen.

## PREISE SIND IM INTERNATIONALEN VERGLEICH FAIR

Es gebe einen intensiven Wettbewerb bei den Endkundenpreisen vor allem bei den Low- und Medium-Nutzer:innen, heißt es im Gutachten. Die Preise seien "fair" und stimmten mit denen in ähnlich großen Volkswirtschaften überein. Die Preise für Vielnutzer:innen lägen, so das Gutachten, allerdings über dem europäischen Durchschnitt, gingen aber wie die Endkundenpreise generell zurück. Trotz höherer Preise haben die Unternehmen offenbar nicht unbedingt mehr davon. Denn im internationalen Vergleich fielen die Umsätze pro Kunde gering aus, wenn der Vergleich mit Ländern stattfindet, in denen es eine sehr gute Mobilfunkqualität gebe.

Gleichzeitig hätten Anbieter ohne eigenes Netz in Deutschland im europäischen Vergleich die höchsten Marktanteile – Deutschland stellt hier im Vergleich sogar einen sehr deutlichen Ausreißer nach oben dar. Die Marktkonzentration sei hingegen in Deutschland bei den betrachteten Ländern am geringsten. Der Infrastrukturwettbewerb in Deutschland funktioniere auch hinsichtlich der Versorgungsqualität, heißt es im Gutachten. So zeigten Versorgungsdaten, dass einzelne Netzbetreiber Versorgungsauflagen übertreffen würden. Das zeige, dass das bestehende Marktumfeld mit der aktuellen Regulierungspraxis ausreichend Anreize für den Wettbewerb gebe. Allerdings reichten die Bemühungen der Netzbetreiber nicht für Spitzenpositionen im internationalen Vergleich.

Auch auf dem Vorleistungsmarkt gebe es genügend Wettbewerb, heißt es im Gutachten. Auf dem Vorleistungsmarkt sind nicht die Endkund:innen unterwegs, sondern Mobilfunkunternehmen ohne Netz, die dort Vorleistungen, also Zugang zu den Netzen der Netzbetreiber einkaufen. Die MVNOs hatten sich immer wieder beklagt, von den Netzbetreibern benachteiligt zu werden. Eine empirische Evidenz für eine Abschottung finde sich aber nicht, heißt es in der Studie. "Marktzutritte sind möglich und finden statt." Durch den Markteintritt von 1&1 habe sich der Wettbewerb bereits intensiviert. Vielmehr zeige ein Vergleich mit Ländern, die den Markt stärker regulieren als Deutschland, dass die davon begünstigten Unternehmen geringere Marktanteile hätten als die Unternehmen in Deutschland. Der Schluss der Studienautoren: Regulierungsintensivere Maßnahmen führten, soweit man den Indikator Marktanteile betrachtet, somit nicht zwangsläufig zu besseren Marktergebnissen.

## NETZBETREIBER SEHEN SICH GESTÄRKT

Die MVNOs führen immer wieder an, dass die Netzbetreiber sie bei Verhandlungen benachteiligen und ihnen Angebote unterbreiten würden, die als Markteintrittsbarriere angesehen werden könnten. So ein Verhalten sei zwar vereinzelt festzustellen, heißt es im Gutachten. Doch das sei nicht bei allen Netzbetreibern gleich und zudem seien trotz anfänglicher Probleme bei den Verhandlungen auch Markteintritte möglich.

Die Netzbetreiber sehen sich durch die Ergebnisse der Studie in ihrer Meinung bestärkt: "Das Gutachten bestätigt den Alltag im deutschen Mobilfunkmarkt: Der Wettbewerb funktioniert und ist intensiver als in fast allen anderen Ländern", sagt Vodafone-CEO Philippe Rogge. "Ein 5G-Zugangszwang zu festgeschriebenen Ramsch-Preisen würde eben diesen fairen Wettbewerb und vor allem den Netzausbau ausbremsen." Auch die Telekom ist erfreut: "Es gibt keine Art von Wettbewerbsdefiziten oder Marktversagen. Das alles spricht gegen eine Diensteanbieterverpflichtung", heißt es von einer Sprecherin. "Wir erwarten, dass die Bundesnetzagentur nun zügig die Verlängerungsbedingungen konsultiert, damit die Beantragung der Verlängerung der Nutzungsrechte noch in diesem Halbjahr erfolgen kann. Durch diesen Schritt würde die nötige Investitionssicherheit für die Schließung der letzten weißen Flecken und den weiteren 5G-Ausbau hergestellt."

Die Studienergebnisse seien eine gute Nachricht für Verbraucher:innen, Investor:innen und den dynamischen Netzausbau, sagt Telefónica-CEO Markus Haas. "Mit einem starken

Partnergeschäft trägt O2 Telefónica entscheidend zum Wettbewerb im deutschen Mobilfunkmarkt bei." Auch 1&1 fühlt sich bestärkt: "Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass der Infrastrukturwettbewerb durch den Markteintritt von 1&1 weiter verstärkt wird und die Verbraucher von besseren Angeboten profitieren werden. Genau dafür sind wir angetreten."

### MVNOs: TENDENZIÖSE MARKTUMFRAGE

Anders sehen das die MVNOs und Diensteanbieter. Der größte deutsche Diensteanbieter Freenet spricht von einer "tendenziösen Marktumfrage". "Empirische Daten wurden nicht eingefordert und gängige Marktdefinitionen nicht genutzt. Hier wurde scheinbar willentlich darauf verzichtet, einen Blick hinter die Kulissen der Anbieter zu werfen." So seien die Schlussfolgerungen an vielen Stellen sachfremd. Um die Rechtssicherheit des Frequenzvergabeverfahrens zu wahren, müsse die BNetzA nun eine fundierte Wettbewerbsanalyse durchführen, die den Namen auch verdiene.

Auch der Bundesverband Breitbandkommunikation (Breko) hatte sich in der Vergangenheit immer wieder für eine Diensteanbieterverpflichtung stark gemacht – in erster Linie, weil die Festnetzunternehmen, die der Verband vertritt, gerne ihre Produkte in der Kombination mit Mobilfunkangeboten anbieten würden. Die Einschätzung der Gutachter gehe an der Realität vorbei, heißt es von Breko-Geschäftsführer Stephan Albers. "Nach wie vor verzögern Telekom, Vodafone und Telefónica systematisch das Angebot von 5G-Tarifen für Wettbewerber ohne eigenes Mobilfunknetz." Diese Strategie habe Methode und sei nicht nur bei 5G-Vorleistungen, sondern schon bei 4G-Angeboten erfolgt.

"Schockiert" sei auch Jacques Bonifay gewesen, sagt der Präsident von MVNO Europe und CEO des MVNO Transatel im Gespräch mit Tagesspiegel Background. Die Realität würde anders aussehen als im Gutachten geschildert. Er sei mit Transatel in ganz Europa unterwegs – nirgendwo sei es so schwer und kompliziert wie in Deutschland. Erst im Herbst hatte sich Transatel auf einen Vertrag mit Telefónica geeinigt, sogar der Zugang zu 5G soll in Zukunft möglich sein. Zustande kam diese Einigung nach einem Eingriff der BNetzA.

Bonifay sagt, in Deutschland seien die Endkunden-Preise im europäischen Vergleich hoch – und weil Frankreich oder Österreich topographisch komplexer seien als Deutschland, könne es nur eine Antwort auf die Frage geben, wieso sie im größten europäischen Land teurer seien: Die Netzbetreiber wollten es so. Wettbewerb solle, sagt Bonifay, aus dem Land gehalten werden. In Ländern mit vier Netzbetreibern sei der Wettbewerb seiner Erfahrung nach besser. "Ich habe die Hoffnung, dass der Wettbewerb besser wird, wenn 1&1 zum richtigen Netzbetreiber wird. Doch es wird noch einige Jahre dauern, bis es so weit ist und wir dieses Netz nutzen können. Bis dahin muss die BNetzA regulatorisch aktiv werden."

#### POSITIONEN

##### **Dr. Stephan Albers (Geschäftsführer, BREKO)**

"Die Einschätzung der Gutachter geht an der Realität vorbei. Das Gutachten malt eine rosarote Mobilfunkwelt. Auch wenn eine Vielzahl von Submarken der drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber, wie Aldi Talk oder Congstar, den Anschein erwecken: Es gibt auf dem deutschen Mobilfunkmarkt insbesondere im Vorleistungsbereich zurzeit keinen wirksamen Wettbewerb! Nach wie vor verzögern Telekom, Vodafone und Telefónica systematisch das Angebot von 5G-Tarifen für Wettbewerber ohne eigenes Mobilfunknetz. Unter dem Mangel an Angebotsvielfalt leiden am Ende die Endkundinnen und -kunden, die oft nur 4G-Technologie nutzen können. [...]"

(brekoverband.de, 23.01.2024) <http://tsp.pm/SeiQyO>

DOKUMENTE

---

EY und WIK Consult: Wettbewerbsverhältnisse im Mobilfunkmarkt – Öffentliche Fassung – enthält keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse (12.2023)

<http://tsp.pm/4c8S6J>

 ANALYSE III

# EUROPAWAHL: WIE DIE PARTEIEN EUROPA GESTALTEN WOLLEN

EU

DIGITALPOLITIK

JOSEFINE KULBATZKI UND JOHANNES STEGER

Das Thema des vergangenen Jahres bekommt auch in den Europa-Wahlprogrammen einen besonderen Stellenwert: KI. Die europäische Volkspartei (EVP) betont, dass der Mensch bei ihnen, auch bezüglich KI, im Mittelpunkt stehe und auch die SPD möchte einen menschenzentrierten Ansatz der digitalen Transformation, wie aus den Vorlagen für das EVP-Wahlprogramm und dem SPD-Wahlprogramm hervorgeht. Während die Grünen ihr Programm bereits im November vergangenen Jahres beschloss, zogen die Sozialdemokraten und Liberalen am Wochenende nach und verabschiedeten ihre Programme auf Parteitag.

Damit KI dem Menschen diene, brauche es "leichte Regulierung", heißt es bei der EVP. Konkreter wird es im Wahlprogramm nicht. Die Partei möchte künftig mehr Geld in die Entwicklung und Forschung von KI investieren, speziell auch in von Frauen geführte KI-Start-ups, heißt es im Programm.

Vor der Frage der Finanzierung steht für die Linken erst einmal, ob KI-Anwendungen gemeinwohlorientiert sind und der Gesellschaft nützen. Im Wahlprogramm fordern sie, das zu untersuchen. Wenn KI schon angewendet würde, müssten auf den Menschen wirkende Entscheidungen immer nachvollziehbar sein und beanstandet werden können. KI-Systeme, die Grundrechte verletzen, müssten verboten werden. Beispielhaft nennt die Linke hier automatisierte Gesichtserkennung, ein Thema, das bei den Abstimmungen zum AI Act und im Nachgang für anhaltende Diskussionen sorgt (vgl. Analyse I).

Mit einer Absage "linker Überregulierungsphantasien und konservativer Überwachungswünsche" möchte die FDP Europa zum KI-Hotspot machen, heißt es im Programmentwurf. Die finale Fassung lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor. Die aktuell in den letzten Zügen steckende KI-Verordnung solle unbürokratisch und praxisnah umgesetzt werden, um Innovation zu ermöglichen und Bürgerrechte zu schützen. Für KI-Trainingsdaten schlägt die FDP nach US-amerikanischem Vorbild das Fair-Use-Prinzip vor, bei dem Teile des Urheberrechts ausgesetzt werden.

Die SPD möchte zugängliche KI-Modelle in Europa entwickeln und Rechenkapazitäten ausbauen – vorrangig um Abhängigkeiten und die Dominanz großer Tech-Monopole zu verringern. Außerdem wolle sie eine "gebündelte europäische Spitzenforschung ermöglichen". Die SPD fordert für KI zusätzlich eine unabhängige Datenschutzbehörde, Folgenabschätzungen sowie Transparenz- und Kennzeichnungspflichten. Kleine- und Mittelständische Unternehmen sollen im Bereich KI und Open-Source gefördert werden.

Für die Grünen stellt KI eine "riesige Chance für viele Lebensbereiche" dar, in der digitale Menschenrechte allerdings immer mitgedacht werden müssen, wie es in ihrem Wahlprogramm heißt. Entscheidend für die Entwicklung und den Erfolg von europäischen KI-Modellen sei die Verfügbarkeit von Daten, hier wollen die Grünen "nicht personenbezogene Daten rechtebasiert besser nutzbar und leichter zugänglich machen". Biometrische Gesichtserkennung lehnen sie ab, ebenso wie KI-gestützte Technologien zur Erkennung von Emotionen oder der Zuschreibungen von Eigenschaften wie sexueller Orientierung oder politischer Zugehörigkeit.

## DIGITALE TRANSFORMATION UND INNOVATION

Doch auch unabhängig von KI haben die Parteien große Digitalvorhaben. Wie dem EVP-Entwurf zu entnehmen ist, sind Daten, Digitale Infrastruktur und technologische Expertise das "neue Gold der Ökonomie". Für ein "digitales Erwachen" schlägt die Partei einen Fünf-Punkte-Plan vor: Europaweiten Zugang zu 5G und 6G, weniger KI-Regulierung – keine künstliche Bürokratie – außerdem eine neue europäische Grundrechtecharta unter Aspekten der digitalen Revolution. Die Forschung soll sich weiter etablieren und mehr Exzellenz-Forschung wie am CERN entstehen, die künftig den Austausch von Daten auf EU-Ebene vereinfachen soll. Für die Finanzierung dieser Vorhaben will die EVP eine Digitalsteuer für große Tech-Konzerne einführen.

Wenn es nach der FDP geht, soll Europa ein digitaler Chancenkontinent werden. Dafür wollen die Liberalen den digitalen Binnenmarkt ausbauen und eine europäische Behörde für die einheitliche Rechtsauslegung einsetzen. Auch eine Europäische Agentur für Sprunginnovationen fordern die Liberalen und möchten das European Innovation Council zu einer EU-Sprind ausbauen. Bürger:innen sollen EU-weit mit einer digitalen Identität unterwegs sein können, die interoperabel für öffentliche wie geschäftliche Dienste genutzt werden können soll. Generell sollen europäische Verwaltungen verpflichtet werden, bestimmte Leistungen digital, schnell und unbürokratisch zu ermöglichen. Auch für die Grünen stellt die Digitalisierung ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau dar. Der Datenaustausch könne automatisiert ablaufen und Anträge könnten leichter gestellt werden. Behörden sollen bei Unternehmen angefragte Daten künftig einfacher austauschen können.

Im SPD-Wahlprogramm finden sich viele einzelne kleine Aspekte zur Digitalisierung, aber wenig konkrete Vorhaben. Es brauche eine "kohärente und harmonisierte Digitalpolitik" – eine echte Verwirklichung der Digitalunion. Die SPD wolle den Weg Europas als Vorreiter weitergehen und die Potenziale digitaler Technologien nutzen. Die Linke setzt sich mit ihrer Vorstellung klar von den anderen Parteien ab. Wie aus dem Programm hervorgeht nütze die Digitalisierung in ihrer jetzigen Ausgestaltung vor allem Konzernen und der IT-Wirtschaft und Sorge für eine stärkerer Kontrolle und Überwachung. Die Partei fordert deshalb eine "Digitalisierung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme". Sie stehe für ein radikales Umdenken hin zu gemeinwohlorientierten Plattformen und wirklich sozialen Netzwerken. Dafür brauche es klarere Regeln und Förderkonzepte. So sollen Onlinedienste beispielsweise interoperabel sein, zusätzlich brauche es mehr offene Standards und universelle Basissoftware. Mit öffentlichem Geld geförderte Software sollte immer offene Software sein.

Ein Raum der Datenfreiheit und -sicherheit, schwebt etwa der FDP vor. Um das zu erreichen, sei ein autarkes Europa mit eigenen und auch privaten Cloud-Anbietern das Ziel. Die SPD fordert, dass EU-Bürger:innen die Kontrolle über ihre Daten haben sollen. Die Linke schlägt eine Zweckbegrenzung der Datennutzung für Unternehmen vor. Zusätzlich sollten Daten nur an Einrichtungen übermittelt werden dürfen, die Kompetenzen in der Forschung haben, Google oder Palantir zählten nicht dazu. Bei dieser Forschung sollten die Einrichtungen ebenfalls eine Gemeinwohlklausel unterzeichnet haben.

## STRAFVERFOLGUNG UND CYBERSICHERHEIT

In Bezug auf die Strafverfolgung wollen die Liberalen, dass Europol zu einem Europäischen Kriminalamt und das EU Intelligence Analysis Centre (EU INTCEN) zu einem "wirksamen" europäischen Nachrichtendienst ausgebaut werden. Auch die EVP und die SPD wollen die Polizeibehörde stärken. Für die SPD soll sich die Zusammenarbeit vor allem auf die Bekämpfung der Wirtschafts- und Cyberkriminalität konzentrieren.

Die EVP will die Strategien zur Cybersicherheit weiterentwickeln. Dafür soll auch die europäische Cybersicherheitsagentur Enisa gestärkt werden. Cyberkriminalität sei nicht länger eine Nische in der Kriminalitätsstatistik und nur ein integrierter europäischer Ansatz könne Europa sicherer machen. Dafür will die EVP eine europäische Cyberbrigade mit klaren Zuständigkeiten für die Äußere und Innere Sicherheit.

Die Linke widmet dem Thema IT-Sicherheit ein eigenes Kapitel, darin heißt es unter anderem, dass die Sicherheit aller IT-Produkte und der darin anfallenden Daten nicht von der Technikkompetenz oder vom Geldbeutel der Anwender:innen abhängen dürfe. Vielmehr sei es eine gesellschaftliche Aufgabe, die Sicherheit dieser Systeme und der Daten entlang der Wertschöpfungskette zu gewährleisten. Konkret soll etwa Datensicherheit durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen Zulassungsbedingung für den europäischen Markt sein. Auch herstellerunabhängige Nutzung und Updates über die Garantiezeiten hinaus müssten möglich sein.

## **SCHWACHSTELLEN UND ÜBERWACHUNG**

Konkret werden die Linken auch beim Thema Schwachstellen: Den Ankauf, Verkauf und das Ausnutzen von Sicherheitslücken in IT-Systemen durch Geheimdienste oder Polizeibehörden will die Partei verbieten. Zudem will man die IT-Sicherheitsforschung, also Hacking, entkriminalisieren, wenn es zum Zweck der Verbesserung der IT-Sicherheit erfolgt – ein Vorhaben, das in Deutschland derzeit etwa vom Bundesjustizministerium (BMJ) angegangen wird.

Zudem will die Linke den Einsatz von Keyloggern und anderen Überwachungstechnologien verbieten. Das Auslesen von Ende-zu-Ende-verschlüsselter Kommunikation auf den Endgeräten durch Spähsoftware oder Staatstrojaner lehne man generell ab. Auch die SPD nimmt das Thema auf: Das Umgehen oder Aufbrechen von Verschlüsselung, das Zurückhalten von Schwachstellen sowie den Einsatz von Spähsoftware durch private oder staatliche Stellen lehnt die Partei ab.

Zudem stellt sich die Beschlussvorlage gegen die anlasslose Speicherung von Daten genauso wie die anlasslose Kontrolle digitaler Kommunikation. Ähnlich klingt es auch bei den Liberalen. Das Recht auf Verschlüsselung sowie die Anonymität in digitalen Räumen seien unabdingbar: "Netzsperrern, Chatkontrolle, Vorratsdatenspeicherung und anlassloses Ausspionieren der Bürgerinnen und Bürger lehnen wir kategorisch ab." Digitale Bürgerrechte bekommen bei den Grünen ein ganzes Kapitel. Darin lehnen sie Massenüberwachung wie Vorratsdatenspeicherung ebenfalls ab. Das Recht auf eine sichere Kommunikation und Verschlüsselung wollen sie ebenfalls stärken und ausbauen.

## **DE-RISKING UND UNABHÄNGIGKEIT**

Auch die Sicherheit von Lieferketten ist ein wiederkehrendes Momentum in den Programmen. So fordert etwa die SPD, dass Europa bei der Produktion und Anwendung digitaler Technologien unabhängiger werden und sich krisensicher gegen Einflüsse wie beispielsweise Cyberattacken aus dem Ausland, insbesondere zum Schutz Kritischer Infrastrukturen, besser aufstellen müsse. Auch die Sozialdemokraten wollen die Nutzung von Open Source vorantreiben.

Das Thema China findet sich in allen Programmen. Für die Grünen ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Dabei verweist die Partei auf eine Ungleichheit: "China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt." Noch gebe es in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem sei der europäische Markt für chinesische Konzerne attraktiv. Die EU könne hier den bestehenden Handlungsspielraum besser und selbstbewusster nutzen, heißt es in dem Papier.

Die FDP sieht in China einen Wettbewerber und zunehmend systemischen Rivalen. Der Entwurf fordert vor diesem Hintergrund, dass Lieferketten auf eine breitere Basis gestellt werden, insbesondere bei kritischen Rohstoffen, Produkten oder Technologien. Die Liberalen wollen auf Rohstoff- und Technologiepartnerschaften setzen. Neue riskante Abhängigkeiten müssten vermieden werden, heißt es weiter: "Dazu fordern wir, dass die EU-Kommission regelmäßig Abhängigkeits-Stresstests durchführt und insbesondere geopolitische Risiken und mögliche kritische Lieferkettenengpässe präventiv evaluiert und in Abstimmung mit den Unternehmen abbaut."

Kritische Infrastruktur müsse zudem vor dem Einfluss autokratischer Staaten geschützt sein, heißt es in dem Entwurf: "Dazu wollen wir die EU-Investitionskontrolle für ausländische Direktinvestitionen verschärfen, wenn sie die Sicherheit der EU gefährden." Zusätzlich fordern sie gemeinsame Sicherheitsstandards für digitale Infrastrukturen. Komponenten von Unternehmen, die unter autoritärem Einfluss stehen könnten, dürften nicht in digitaler Kritischer Infrastruktur verbaut werden.

Auch die Grünen fordern, dass Kritische Infrastruktur, wie Häfen, Eisenbahn und digitale Infrastruktur, sowie Schlüsselindustrien vor dem Zugriff chinesischer Investitionen nachhaltig und in der gesamten EU geschützt werden müssten: "Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie einen koordinierten Ansatz bei Kontrollen von Investitionen in China und Exportrestriktionen im Bereich sensibler Technologien", heißt es weiter. Mit gemeinsamen Instrumenten könne sich die EU besser gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.

#### DOKUMENTE

---

SPD: Gemeinsam für ein starkes Europa. Das Wahlprogramm der SPD für die Europawahl 2024

<http://tsp.pm/9IQyQH>

Bündnis 90/Die Grünen: Was uns schützt. Entwurf des Bundesvorstands zum Europawahlprogramm 2024

<http://tsp.pm/CK5quD>

FDP: Anträge zum Europaparteitag der Freien Demokraten. Programmentwurf der FDP zur Europawahl 2024

<http://tsp.pm/n9Tnd6>

Die Linke: Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden. Programm zur Europawahl 2024

<http://tsp.pm/AMOkpN>



# ÜBERSICHT DER KW 4

Ergebnisse der politischen Arbeit vom 22.01. bis 28.01.2024

## BUNDESREGIERUNG

### Bundesregierung

Zukunftsrat des Bundeskanzlers: "Generative KI nachhaltig in Deutschland entwickeln und anwenden"

### BMDV

BMDV und Stadt Hamburg starten "Reallabor Digitaler Zwilling" am Beispiel der Hamburger Köhlbrandbrücke

### BMWK

Die Antrags- und Bewilligungspause für KTF-Förderprogramme des BMWK ist aufgehoben

### BMWSB

Das Bundesbauministerium nimmt kreislaufgerechtes Planen und Bauen in den Blick

## BUNDESTAG

### FRAGE & ANTWORT

ANTWORT

Keine Erweiterung der Führerscheinklasse B auf 7,5 Tonner

### FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Unionsfraktion fragt nach KI in der Arbeitswelt

### FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

AfD-Fraktion fragt nach Investitionen in KI

### PLENUM

UNTERRICHTUNG

2021 mehr Auskunftsverlangen der Nachrichtendienste

### FRAKTIONEN

ANTRAG

AfD fordert Regeln für den Einsatz von KI im Unterricht

### FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Habecks Rechtsanspruch auf Homeoffice ist ein wirtschaftspolitischer Irrlauf

### FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Umgang der Ampel mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten ist beschämend

## FRAKTIONEN

## MITTEILUNG

Digitale Transformation – die Datenschutz-Zukunft gestalten

## FRAKTIONEN

## MITTEILUNG

Barbara Benkstein: EU darf Patientenrechte nicht aushebeln

 **STAKEHOLDER**

## BSI

Daten quantensicher verschlüsseln: BSI bewertet verfügbare Technologien

## Gigabitbüro

Muster-Kooperationsvertrag für die Ausgestaltung eines eigenwirtschaftlichen Ausbauprojektes

## LFD Niedersachsen

Statement zum Aus von "Section Control": Verkehrssicherheit und Datenschutz nicht gegeneinander ausspielen

## LANDESBEAUFTRAGTER FÜR DEN DATENSCHUTZ UND DIE INFORMATIONSFREIHEIT RHEINLAND-PFALZ

Datenschutz-Workshops für rheinland-pfälzische Schulen: Nachfrage so groß wie nie

## DER SÄCHSISCHE DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE

Private Kameras immer häufiger Fall für Sachsens Datenschutzbeauftragte

## Bitkom

Bitkom zur EU-Initiative für KI-Startups

## Bitkom

Wie Rechenzentren klimafreundlicher werden

## Bitkom

Wirtschaft erkennt in KI eine Chance für das Klima

## Bitkom

Wirtschaft kritisiert Passivität der EU in Handelskonflikten

## game

Stimmung in der deutschen Games-Branche trübt sich ein

## D64

Positionspapier: Mehr digitale Partizipation wagen

**DUH**

---

Sammlung von Elektroschrott: Deutsche Umwelthilfe belegt zahlreiche Verstöße im Onlinehandel und geht rechtlich gegen Apple, Ikea und zwölf weitere Unternehmen vor

**GDD**

---

18. Europäischer Datenschutztag: Neue Checkliste zu Auskunftersuchen und Gewinnspiel der GDD

**vzbv**

---

EU-Generalanwalt: Verbraucherverbände dürfen bei DSGVO-Verstößen klagen

**HATEAID**

---

Historisches Urteil für Künst und HateAid: Meta muss Hass selbst finden und löschen

**gematik**

---

Neue Länder auf der Digital-Health-Europakarte

Bundesregierung

26.01.2024

## ZUKUNFTSRAT DES BUNDESKANZLERS: "GENERATIVE KI NACHHALTIG IN DEUTSCHLAND ENTWICKELN UND ANWENDEN"

KATEGORIE

Mitteilung der Bundesregierung

QUELLE

<http://tsp.pm/Cgirwo>

REFERENZ

–

Generative Künstliche Intelligenz (KI) birgt enorme Potenziale für die Gesellschaft, insbesondere für Wissenschaft, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung. Ziel ist es, dass diese sich rasant entwickelnde Technologie schnell und sicher auch in Deutschland zur Anwendung kommt, um die Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität zu stärken. Das unterstützt deutsche Entwicklerinnen und Entwickler auch im internationalen Wettbewerb. So lautet das Ergebnis der vierten Sitzung des Zukunftsrats in dieser Legislaturperiode von Bundeskanzler Olaf Scholz. Der Steuerkreis des Rates hatte am Freitag mit dem Bundeskanzler, Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger, dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Udo Philipp und dem Chef des Bundeskanzleramts Wolfgang Schmidt diskutiert. [...]

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

REGIERUNG

BMDV

25.01.2024

## BMDV UND STADT HAMBURG STARTEN "REALLABOR DIGITALER ZWILLING" AM BEISPIEL DER HAMBURGER KÖHLBRANDBRÜCKE

KATEGORIE

Mitteilung der Bundesregierung

QUELLE

<http://tsp.pm/dOHtXW>

REFERENZ

–

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) startet in Zusammenarbeit mit der Stadt Hamburg das "Reallabor Digitaler Zwilling". Grundlage ist das Pilotprojekt smartBRIDGE Hamburg – ein virtuelles Abbild der Hamburger Köhlbrandbrücke. Sogenannte Digitale Zwillinge ermöglichen in der Verkehrsinfrastruktur eine vorausschauende und nachhaltige Instandhaltung. Unter wissenschaftlicher Begleitung soll das Potenzial Digitaler Zwillinge für die Erhaltung und den Betrieb einer Brücke unter Realbedingungen gehoben werden. [...]

MOBILITÄT

INFRASTRUKTUR

BMWK

22.01.2024

## DIE ANTRAGS- UND BEWILLIGUNGSPAUSE FÜR KTF-FÖRDERPROGRAMME DES BMWK IST AUFGEHOBEN

KATEGORIE

Mitteilung der Bundesregierung

QUELLE

<http://tsp.pm/IBLJE>

REFERENZ

–

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat die Antrags- und Bewilligungspause aufgehoben, die am 1. Dezember 2023 zentral für alle BMWK-Förderprogramme im Klima- und Transformationsfonds (KTF) verhängt worden ist. Diese Antrags- und Bewilligungspause war nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 erforderlich. Damit können wieder Anträge in den Förderprogrammen gestellt werden. Außerdem können bereits vorliegende Anträge nach Maßgabe der vorläufigen Haushaltsführung beschieden werden. [...]

HAUSHALT

TECHNOLOGIE

FÖRDERUNG

BMWSB

23.01.2024

## DAS BUNDESBAUMINISTERIUM NIMMT KREISLAUFGERECHTES PLANEN UND BAUEN IN DEN BLICK

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Bundesregierung	<a href="http://tsp.pm/wQqPtk">http://tsp.pm/wQqPtk</a>	–

Heute fand das vierte Spitzentreffen der vom Bundeskanzler ins Leben gerufenen Allianz für Transformation statt. Im Fokus des Treffens stand die Gestaltung einer starken Kreislaufwirtschaft für Wertschöpfung, Souveränität und Nachhaltigkeit am Standort Deutschland. [...] Der Staatssekretär des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Dr. Rolf Bösinger machte auf dem Treffen deutlich: "Wir denken Kreislaufwirtschaft in konkreten, erfolgversprechenden Projekten, die skalierbar für die gesamte Bauwirtschaft sind. Beispielhaft dafür steht die im Kabinett beschlossene Holzbauinitiative, die Entwicklung eines digitalen Gebäuderessourcenpasses und die gezielte Förderung moderner Technologien wie BIM (Building Information Modeling), um schon im Planungsstadium Aussagen zur Ökobilanz eines Gebäudes zu erhalten. So machen wir Deutschland zum Vorreiter der Transformation im Baubereich." [...]

WIRTSCHAFT

NACHHALTIGKEIT

## FRAGE &amp; ANTWORT

**KEINE ERWEITERUNG DER FÜHRERSCHEINKLASSE B AUF 7,5 TONNER**

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	20/10074 <a href="http://tsp.pm/7DZ0Fc">http://tsp.pm/7DZ0Fc</a>	Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (20/9938)

Die Erweiterung der Führerscheinklasse B auf Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen ist laut Bundesregierung derzeit aus EU-rechtlichen Gründen nicht möglich. Sie werde auch nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen zur neuen 4. EU-Führerscheinrichtlinie voraussichtlich nicht möglich werden, heißt es in der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion. [...] Mit Blick auf die Einführung des digitalen Führerscheins teilt die Bundesregierung mit, dass derzeit auf mehreren Ebenen, sowohl national wie auch auf EU-Ebene, an dessen Einführung gearbeitet werde. Ein konkretes Datum für die Einführung des digitalen Führerscheins in Deutschland stehe noch nicht fest, "da der Vorschlag für eine neue 4. EU-Führerscheinrichtlinie sowie die damit zusammenhängenden delegierten Rechtsakte Rahmenbedingungen, technische Details und Umsetzungsfristen für den digitalen Führerschein enthalten werden". Die Einführung bedürfe insbesondere einer Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV), schreibt die Regierung. (hib)

VERWALTUNG

EU

## FRAGE &amp; ANTWORT

**UNIONSFRAKTION FRAGT NACH KI IN DER ARBEITSWELT**

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion	20/10030 <a href="http://tsp.pm/xaBUwa">http://tsp.pm/xaBUwa</a>	–

Für Künstliche Intelligenz (KI) und die Zukunft der Arbeit interessiert sich die CDU/CSU-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Die Bundesregierung soll unter anderem beantworten, wie sie die aktuellen Auswirkungen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz auf den Arbeitsmarkt bewertet und wie sie die Nutzungsmöglichkeiten von KI und deren jeweiligen Auswirkungen auf Beschäftigung, Sozialstaat und Sozialversicherungen erfasst. (hib)

KI

ARBEIT

## FRAGE &amp; ANTWORT

## AFD-FRAKTION FRAGT NACH INVESTITIONEN IN KI

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der AfD-Fraktion	20/10097 <a href="http://tsp.pm/m6iQbO">http://tsp.pm/m6iQbO</a>	–

Nach Investitionen der Bundesregierung in Künstliche Intelligenz (KI) erkundigt sich die AfD-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Unter anderem wollen die Abgeordneten wissen, wie hoch der prozentuale Anteil staatlicher Investitionen in KI im vergangenen Jahr war und wie hoch er in diesem Jahr sein wird. Auch fragt die Fraktion, ob sich nach Ansicht der Bundesregierung KI-basierte Produkte aus Deutschland auf dem internationalen Markt durchsetzen können. Falls dies nicht der Fall sei, wollen die AfD-Abgeordneten wissen, mit welchen internationalen Partnern sich eine Zusammenarbeit im Bereich KI für Deutschland anbieten könnte. (hib)

KI FÖRDERUNG

## PLENUM

## 2021 MEHR AUSKUNFTSVERLANGEN DER NACHRICHTENDIENSTE

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Unterrichtung durch die Bundesregierung	–	–

Die Nachrichtendienste des Bundes haben im Jahr 2021 mehr Auskunftsverlangen nach dem Terrorismusbekämpfungsgesetz gestellt als im Vorjahr. Dies geht aus einer Unterrichtung durch das Parlamentarische Kontrollgremium hervor. Danach dürfen das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), der Bundesnachrichtendienst (BND) und der Militärische Abschirmdienst (MAD) laut den gesetzlichen Bestimmungen zur Terrorismusbekämpfung unter bestimmten Voraussetzungen von Luftfahrtunternehmen, Finanzdienstleistern sowie Telekommunikations- und Teledienstunternehmen im Einzelfall kunden- beziehungsweise nutzerbezogene Auskünfte einholen und technische Mittel zur Ermittlung des Standortes eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgerätes oder zur Ermittlung der Geräte- oder Kartennummer – sogenannte IMSI-Catcher – einsetzen.

Den Angaben zufolge haben die bundesdeutschen Nachrichtendienste im Jahr 2021 insgesamt 89 Auskunftsverlangen (2020: 86) durchgeführt, "von denen 323 Personen betroffen waren (186 Hauptbetroffene, 137 Nebenbetroffene), sowie 39 IMSI-Catcher-Einsätze mit 61 betroffenen Personen (60 Hauptbetroffene und ein Nebenbetroffener)". Der überwiegende Teil sei auf Auskunftsverlangen gegenüber Telekommunikations- und Teledienstunternehmen sowie gegenüber Finanzdienstleistern entfallen. Schwerpunkt der Verfahren seien der nachrichtendienstliche Bereich sowie nachrangig die Bereiche Islamismus und Rechtsextremismus gewesen. [...] (hib)

TELEKOMMUNIKATION ÜBERWACHUNG INNERE SICHERHEIT

## FRAKTIONEN

## AFD FORDERT REGELN FÜR DEN EINSATZ VON KI IM UNTERRICHT

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antrag der AfD-Fraktion	20/10151 <a href="http://tsp.pm/E1aF7t">http://tsp.pm/E1aF7t</a>	–

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, den Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) und KI-basierten Chatbots wie ChatGPT in Bildungseinrichtungen zu regulieren. In einem entsprechenden Antrag fordern die Abgeordneten von der Bundesregierung unter anderem die Einführung eines Wasserzeichens für KI-generierte Inhalte. Zudem sollen Anwendungen, die mithilfe von KI Texte erstellen, die verwendeten Quellen angeben müssen. Von den Programmen erfundene Quellen hingegen sollen zukünftig nicht angezeigt werden. Nach Ansicht der Antragsteller seien konkrete Leitlinien im Umgang mit KI nötig, insbesondere mit Blick auf Täuschungen, Plagiate oder die Gewährleistung des Urheberrechts. Gleichzeitig ermögliche der Einsatz von KI in Schulen neue Möglichkeiten bei "der Individualisierung und Ergänzung" des Unterrichts, schreiben die Abgeordneten.

Die Bundesregierung wird von der AfD-Fraktion dazu aufgefordert, die "Chancen und Gefahren von KI-basierten Hilfsmitteln" zu erforschen und ein bundesweites Forschungsprogramm zu initiieren. Dieses soll unter anderem untersuchen, wie sich KI-basierte Programme auf die Unterrichtsgestaltung auswirken oder wie Chatbots in der Lehrausbildung genutzt werden könnten. Speziell für Grundschulen fordert die Fraktion Restriktionen beim Einsatz von KI. Zudem solle der Umgang mit der Technologie "in die Lehrpläne eingebunden und altersadäquat thematisiert" werden. (hib)

KI BILDUNG

## FRAKTIONEN

## HABECKS RECHTSANSPRUCH AUF HOMEOFFICE IST EIN WIRTSCHAFTSPOLITISCHER IRRLAUF

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der CDU/CSU-Fraktion	<a href="http://tsp.pm/AuNwrg">http://tsp.pm/AuNwrg</a>	–

Angesichts des Vorschlages des Bundeswirtschaftsministers, ein Recht auf Homeoffice einzuführen, erklärt die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julia Klöckner: "Deutschland steckt mitten in der Rezession. Vom Wirtschaftsminister erwarten wir jetzt Wachstumsimpulse, keine neuen Einschränkungen und Fesseln. Dass gerade der Wirtschaftsminister den Rechtsanspruch auf Homeoffice vorschlägt, zeigt, wie weit weg er von der wirtschaftlichen Wirklichkeit unseres Landes und der Betriebe entfernt ist. [...] Dort wo mobiles Arbeiten möglich ist, wird es meist schon angeboten und gelebt. Aber es gibt auch betriebliche Gründe, die gegen ein verpflichtendes Recht auf Homeoffice sprechen. Dieses ständige politische Mikromanagement von Bundesminister Habeck hat schon mehrfach in die Sackgasse geführt. Lerneffekt gleich Null. Es braucht stattdessen mehr Freiräume für Unternehmen, um mehr Dynamik bei Investitionen und Innovationen zu schaffen. [...]"

ARBEIT WIRTSCHAFT

## FRAKTIONEN

## UMGANG DER AMPEL MIT DEM BUNDESDATENSCHUTZBEAUFTRAGTEN IST BESCHÄMEND

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der CDU/CSU-Fraktion	<a href="http://tsp.pm/kOjrto">http://tsp.pm/kOjrto</a>	–

Laut Presseberichten hat die SPD das Vorschlagsrecht für den Bundesdatenschutzbeauftragten (BfDI) an Bündnis 90/Die Grünen und die FDP abgegeben. Der derzeitige Bundesdatenschutzbeauftragte, Ulrich Kelber (SPD), bleibt auf Ersuchen der Bundestagspräsidentin nur noch so lange im Amt, bis sich die Ampel-Koalition auf einen Nachfolger geeinigt hat. Dazu können Sie den digitalpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reinhard Brandl, gerne so zitieren: "Ich war inhaltlich wahrlich oft anderer Auffassung als der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber. Aber der Umgang der Ampel-Koalition mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten ist beschämend. Das Amt des Bundesdatenschutzbeauftragten wurde von der Ampel gleich doppelt beschädigt. Zunächst konnte sich die Ampel vor Ablauf der Amtszeit des derzeitigen Amtsinhabers am 31.12.2023 weder auf eine zweite Amtszeit für den derzeitigen Amtsinhaber noch auf die Nominierung eines Nachfolgers einigen. [...] Darüber hinaus bleibt der Verdacht im Raum stehen, dass ein Datenschutzbeauftragter keine weitere Amtszeit bekommen hat, weil er der Ampel-Koalition zu unbequem war. Auf Ersuchen der Bundestagspräsidentin führt der derzeitige Amtsinhaber das Amt derzeit für maximal 6 Monate fort. [...]"

REGIERUNG

DATEN/DATENSCHUTZ

## FRAKTIONEN

## DIGITALE TRANSFORMATION – DIE DATENSCHUTZ-ZUKUNFT GESTALTEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<a href="http://tsp.pm/S0F120">http://tsp.pm/S0F120</a>	–

Zum heutigen Europäischen Datenschutztag erklären Misbah Khan, Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat sowie im Ausschuss für Digitales, und Konstantin von Notz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: "[...] Datenschützer sehen sich immer wieder abstrusen Vorwürfen ausgesetzt. Der Mär, ein – auch verfassungsrechtlich gebotener – Datenschutz und die Beachtung grundlegender IT-Sicherheitsstandards würden technologischen Fortschritt und neue digitale Anwendungen bremsen oder verhindern, gilt es gemeinsamen sehr entschlossen entgegenzutreten. Ein effektiver Grundrechtsschutz und beste IT-Sicherheitsstandards sind kein Hemmschuh, sondern für das Gelingen der Digitalisierung essentiell. Längst wurde bewiesen, dass der Schutz der informationellen Selbstbestimmung der Menschen durch gesetzliche Regulierung, auch auf europäischer und internationaler Ebene, Voraussetzung für dringend benötigtes Vertrauen in und Akzeptanz neuer digitaler Anwendungen ist. Die Politik bleibt in der Verantwortung, für gute gesetzliche Grundlagen zu sorgen.

Ob bei der entschlossenen Umsetzung gleich mehrerer europäischer Großvorhaben, der Reform des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) oder der noch verbindlicheren Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Datenschutzkonferenz – es bleibt viel zu tun. Gerade mit Blick auf den zunehmenden Einsatz von KI-Anwendungen auch privater Anbieter im Sicherheitsbereich müssen verfassungsrechtliche Vorgaben zwingend beachtet werden. Die unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden wollen wir weiter stärken. Lange Vakanzen, die dem Ansehen der wichtigen Institution des Bundesdatenschutzbeauftragten schaden, gilt es unbedingt zu vermeiden. Hier braucht es schnellstmöglich Klarheit." [...]

DIGITALPOLITIK

DATEN/DATENSCHUTZ

KI

## FRAKTIONEN

**BARBARA BENKSTEIN: EU DARF PATIENTENRECHTE NICHT AUSHEBELN**

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der AfD-Fraktion	<a href="http://tsp.pm/dpkQNS">http://tsp.pm/dpkQNS</a>	–

Zu den bekannt gewordenen Plänen der Europäischen Union zur Aufweichung des Schutzes von Patientendaten teilt die digitalpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Barbara Benkstein, mit: "Datenschutz und Widerspruchsmöglichkeit sind extrem wichtig. Die jetzt vom Sender SWR veröffentlichten Geheimpläne aus Brüssel sollen das jedoch unterlaufen. Hier ist die Bundesregierung in der Pflicht, mit Nachdruck gegenzusteuern. Vorgesehen ist, EU-weit barrierefreie Einblicke in die sogenannte elektronische Patienten-Akte EPA zu ermöglichen. Die EPA soll ab 2025 zum Standard für alle gesetzlich Versicherten in Deutschland werden. Sie würden dann zu gläsernen Patienten. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert, dass Patienten weiter jederzeit die Möglichkeit haben müssen, Einträgen zu widersprechen, Löschungen zu beantragen oder Zugriffsrechte zu beschränken. Diese Rechte dürfen nicht durch EU-Verordnungen ausgehebelt werden."

GESUNDHEIT/PFLEGE

EU

DATEN/DATENSCHUTZ

# STAKEHOLDER

## BUNDESBEHÖRDEN UND -ORGANISATIONEN

BSI

26.01.2024

### DATEN QUANTENSICHER VERSCHLÜSSELN: BSI BEWERTET VERFÜGBARE TECHNOLOGIEN

Schon in den 2030er Jahren könnten Quantencomputer in der Lage sein, heute bestehende Verschlüsselungsmechanismen zu brechen. Dann sind vertrauliche Informationen in Unternehmen, Organisationen und Behörden gefährdet. Aus diesem Grund ist es aus Sicht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wichtig, schon jetzt sensible Daten quantensicher zu verschlüsseln. Das geht aus einem technischen Positionspapier zur Quantum Key Distribution hervor, das das BSI heute mit seinen Partnerbehörden aus Frankreich, den Niederlanden und Schweden veröffentlicht hat. Im Ergebnis sprechen sich die Beteiligten für einen Fokus auf die bereits jetzt verfügbare Post-Quanten-Kryptografie aus. Damit hilft das BSI Entscheidungsträgerinnen und -trägern dabei, ihre Pläne zur Absicherung sensibler Daten ausrichten zu können. "Auf die technologischen Fragen und Herausforderungen unserer Zeit sind moderne, intelligente Antworten notwendig. Mit dem Tempo, in dem sich hochleistungsfähige Computer fortentwickeln, ist die Post-Quanten-Gefahr sehr real", schätzt BSI-Präsidentin Claudia Plattner die Lage ein. "Wir müssen die vorhandene exzellente Technologiekompetenz Deutschlands gezielt nutzen, um die Cybersicherheit zu erhöhen [...]" [...]

<http://tsp.pm/sa4Sex>

CYBER-/IT-SICHERHEIT

WIRTSCHAFT

QUANTENTECHNOLOGIE

Gigabitbüro

25.01.2024

### MUSTER-KOOPERATIONSVERTRAG FÜR DIE AUSGESTALTUNG EINES EIGENWIRTSCHAFTLICHEN AUSBAUPROJEKTES

Das Gigabitbüro des Bundes veröffentlicht mit dem Muster-Kooperationsvertrag für die Ausgestaltung eines eigenwirtschaftlichen Ausbauprojekts ein weiteres Unterstützungsangebot für den eigenwirtschaftlichen Ausbau in Deutschland. Der Muster-Kooperationsvertrag ist ein wichtiges Instrument zur Stärkung des eigenwirtschaftlichen Ausbaus in Deutschland und unterstützt damit die Ziele der Gigabitstrategie der Bundesregierung. Der Vertrag steht nun zur freiwilligen Nutzung durch Städte/Gemeinden und Telekommunikationsunternehmen zur Verfügung. [...]

<http://tsp.pm/PHzrhP>

BREITBAND

TELEKOMMUNIKATION

LÄNDER/KOMMUNEN

LFD Niedersachsen

24.01.2024

### STATEMENT ZUM AUS VON "SECTION CONTROL": VERKEHRSSICHERHEIT UND DATENSCHUTZ NICHT GEGENEINANDER AUSSPIELEN

Zur aktuellen Berichterstattung über das Aus des Streckenradarsystems "Section Control" erklärt Denis Lehmkeper, Landesbeauftragter für den Datenschutz Niedersachsen: "Wir sind sehr verwundert darüber, dass in einigen Berichten der Datenschutz als Hauptursache für das Aus der Anlage genannt wurde. Bei der Entscheidung des Herstellers waren – neben wohl auch wirtschaftlichen Gründen – Richtlinien zur IT-Sicherheit ausschlaggebend. Diese sollen das manipulationssichere Übertragen der Daten gewährleisten." [...] Weitere Informationen zu "Section Control" finden Sie in unserem Tätigkeitsbericht 2020 .

<http://tsp.pm/vdMXbT>

DATEN/DATENSCHUTZ

CYBER-/IT-SICHERHEIT

INFRASTRUKTUR

LANDESBEAUFTRAGTER FÜR DEN DATENSCHUTZ UND DIE INFORMATIONSFREIHEIT RHEINLAND-PFALZ

25.01.2024

## DATENSCHUTZ-WORKSHOPS FÜR RHEINLAND-PFÄLZISCHE SCHULEN: NACHFRAGE SO GROß WIE NIE

450 Datenschutz-Workshops hat der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit im Jahr 2023 an rheinland-pfälzischen Schulen durchgeführt. Das Team des Landesbeauftragten war dabei von der Grundschule bis zur Oberstufe und dem berufsbildenden Bereich an allen Schularten präsent. Das vorpandemische Niveau ist damit wieder erreicht. Und die Anmeldungen für 2024 zeigen: Die Nachfrage nach maßgeschneiderten pädagogischen Angeboten zu den Themen Datenschutz und digitaler Souveränität für Schülerinnen und Schüler ist so groß wie nie. [...] "Die Nachfrage nach unseren Workshops steigt an und ist so hoch, dass wir mit dem uns zur Verfügung stehenden Budget kaum auskommen und aktuell eine lange Warteliste für anfragende Schule führen", sagt der Landesbeauftragte Prof. Dr. Dieter Kugelmann. [...]

<http://tsp.pm/VoKBkU>

BILDUNG

DATEN/DATENSCHUTZ

DER SÄCHSISCHE DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE

26.01.2024

## PRIVATE KAMERAS IMMER HÄUFIGER FALL FÜR SACHSENS DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE

Bei der Sächsischen Datenschutz- und Transparenzbeauftragten, Dr. Juliane Hundert, gehen immer mehr Beschwerden zu Videoüberwachungen ein. Auf 130 Eingaben im Jahr 2021 folgten 140 in 2022 und rund 200 in 2023. Der Anstieg ist ausschließlich auf Videoüberwachungen durch nichtöffentliche Stellen zurückzuführen (186 in 2023). Vor allem Kameras in der Nachbarschaft veranlassen mehr Bürgerinnen und Bürger zu einer Beschwerde. [...] In etlichen Fällen richteten Privatpersonen ihre Überwachungskamera zudem auf Gehwege oder Pkw-Stellflächen. [...] Dr. Juliane Hundert zieht Bilanz: "Nur bei jeder dritten Videoüberwachung, die ich aufgrund einer Beschwerde prüfe, ist datenschutzrechtlich nichts zu beanstanden. Besonders bei Privatpersonen erfolgt der Kameraeinsatz überwiegend rechtswidrig. Sie nutzen die im Handel angebotenen Produkte oftmals zu sorglos und in unzulässiger Weise. Zu oft gerät außer Acht, dass Videoüberwachung grundsätzlich einen enormen Eingriff in die Privatsphäre darstellt. Deshalb ist Videoüberwachung nicht permanent und flächendeckend, sondern nur unter bestimmten Voraussetzungen oder überhaupt nicht zulässig." [...]

<http://tsp.pm/Pbydaw>

ÜBERWACHUNG

VERBRAUCHERSCHUTZ

## WIRTSCHAFT

Bitkom

24.01.2024

### BITKOM ZUR EU-INITIATIVE FÜR KI-STARTUPS

Die EU-Kommission will heute ihre Pläne für eine "AI Innovation Strategy" zur Stärkung des KI-Ökosystems in Europa vorstellen. Teil davon ist ein besserer Zugang zu Rechenkapazitäten und Daten für KI-Startups. Dazu erklärt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder: "Wir begrüßen die Pläne der EU-Kommission, Startups bei Entwicklung und Einsatz von KI ganz praktisch zu unterstützen. [...] Allerdings sind die Pläne nur ein allererster Schritt in die richtige Richtung. Noch ist unklar, wie der Zugang zu den Hochleistungsrechenkapazitäten gewährt werden soll. Angesichts der dynamischen Entwicklungen rund um KI sind hier unkomplizierte, kurzfristige, nutzerfreundliche und schnelle Zugangsmodelle unabdingbar, wenn europäische Startups im scharfen weltweiten Wettbewerb mithalten sollen. Mit Blick auf die Verfügbarkeit von und den Zugang zu Daten muss die EU die einzelnen Dateninitiativen – vom Data Act bis zum European Health Data Space – besser aufeinander abstimmen und in Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung bringen. Damit Datenräume wirklich genutzt werden, muss sich eine Beteiligung für Startups und andere Unternehmen, aber auch für Verwaltung und Wissenschaft lohnen. Hier fehlt es gleichermaßen an Aufklärung wie an Anreizen. [...]"

<http://tsp.pm/EsWxrR>

KI

EU

START-UPS/MITTELSTAND

WIRTSCHAFT

Bitkom

22.01.2024

## WIE RECHENZENTREN KLIMAFREUNDLICHER WERDEN

Rechenzentren in Deutschland müssen klimafreundlicher werden. Das legt das neue Energieeffizienzgesetz (EnEFG) fest, das seit einigen Wochen in Kraft ist. Auf viele Betreiber kommerzieller Rechenzentren und größere Unternehmen mit eigenen Rechenzentren kommt damit eine Reihe an Verpflichtungen zu, die sie künftig beachten müssen, insbesondere zu Energieeffizienz, Nutzung von Abwärme und Reporting. Der Digitalverband Bitkom hat daher jetzt einen Leitfaden veröffentlicht, in dem betroffene Unternehmen Hilfestellung finden. "Das Energieeffizienzgesetz stärkt verbindlich die Nachhaltigkeit der digitalen Infrastruktur, stellt die Branche aber auch vor große Herausforderungen. Wichtig ist, dass sich alle betroffenen Unternehmen mit den Vorgaben vertraut machen", betont Kilian Wagner, Referent für nachhaltige digitale Infrastrukturen beim Bitkom. "Für den Erfolg des Gesetzes braucht es eine praxisnahe Umsetzung im Austausch mit Behörden und Politik. Der Leitfaden kann dabei eine Diskussionsgrundlage für dieses gemeinsame Ziel darstellen." [...]

<http://tsp.pm/cmVFKQ>

ENERGIE

WIRTSCHAFT

NACHHALTIGKEIT

Bitkom

22.01.2024

## WIRTSCHAFT ERKENNT IN KI EINE CHANCE FÜR DAS KLIMA

Künstliche Intelligenz benötigt viel Rechenpower – doch kann sie auch Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels liefern und die Menschheit bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen? Ja, sagt eine große Mehrheit der Unternehmen in Deutschland. 79 Prozent sehen in Künstlicher Intelligenz eine Chance für das Klima, 19 Prozent sehen in der Technologie ein entsprechendes Risiko. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung unter mehr als 500 Unternehmen in Deutschland ab 20 Beschäftigten, die im Auftrag des Bitkom durchgeführt wurde. 41 Prozent sind demnach sogar der Ansicht, die Menschheit werde ihre Klimaprobleme überhaupt nur mithilfe von Künstlicher Intelligenz lösen können. "Künstliche Intelligenz hat für den Klimaschutz ein riesiges Potenzial. Sie kann den Energieverbrauch von Fabriken entscheidend senken, Gebäude auf CO2-Sparkurs bringen, Lebensmittelverschwendung verringern oder in der Landwirtschaft den Einsatz von Dünger minimieren", sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. [...]

<http://tsp.pm/qt3iLZ>

KLIMA/UMWELT

KI

INNOVATION

Bitkom

24.01.2024

## WIRTSCHAFT KRITISIERT PASSIVITÄT DER EU IN HANDELSKONFLIKTEN

Deutschlands Unternehmen wünschen sich angesichts geopolitischer Spannungen und Handelskonflikte mehr Eigenständigkeit der deutschen und europäischen Politik. Fast drei Viertel (72 Prozent) empfinden den Auftritt Berlins und Brüssels in globalen Handelsstreitigkeiten als zu passiv. Bitkom begrüßt daher, dass die EU-Kommission heute neue Vorschläge im Rahmen ihrer Strategie zur Wirtschaftssicherheit vorlegt. Nur gemeinsam könnten die 27 EU-Staaten ihre digitale und wirtschaftliche Souveränität stärken, einseitige Abhängigkeiten abbauen und im globalen Wettbewerb bestehen. [...] Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst: "Die EU muss ihre digitale Souveränität massiv steigern und mehr eigene Fähigkeiten bei Schlüsseltechnologien aufbauen. Die größte Herausforderung ist, die nötige Innovationskraft und das nötige Innovationstempo in dem sehr eng gesteckten europäischen Regulierungsrahmen aufzubringen. Exportbeschränkungen, wie sie derzeit von der Politik diskutiert werden, sind ein Risiko für die Unternehmen." Laut Bitkom-Befragung bewerten 71 Prozent der deutschen Unternehmen ein Kooperationsverbot mit ausländischen Unternehmen als geschäftskritisch. [...]

<http://tsp.pm/avU331>

WIRTSCHAFT

INTERNATIONAL

ROHSTOFFE

game

22.01.2024

## STIMMUNG IN DER DEUTSCHEN GAMES-BRANCHE TRÜBT SICH EIN

2023 war ein Jahr mit Licht und Schatten für die internationale Games-Branche: Einerseits erschienen so viele hochkarätige Spiele wie selten zuvor, andererseits bekamen dadurch nicht alle Titel die erwartete Aufmerksamkeit. Gleichzeitig verschlechterten die generell eingetrübte Konjunktur sowie die zurückgegangene Investitionsdynamik die wirtschaftlichen Perspektiven. Als Folge kam es in den vergangenen Wochen und Monaten vermehrt zu Meldungen von Entlassungen und vereinzelt sogar Studioschließungen. Diese Entwicklungen spiegeln sich nun auch im jährlichen game Branchenbarometer des game – Verband der deutschen Games-Branche wider: Insgesamt bewerten die deutschen Games-Unternehmen den wirtschaftlichen Ausblick für das Jahr 2024 negativer als noch vor einem Jahr. [...] "[...] Die Kostennachteile von rund 30 Prozent gegenüber anderen internationalen Games-Standorten wiegen ohne aktives Förderprogramm in der aktuellen Lage doppelt schwer", sagt game-Geschäftsführer Felix Falk. "Diese Situation verdeutlicht einmal mehr: Wir brauchen in Deutschland eine stringente Games-Politik und verlässliche wie international vergleichbare Bedingungen, um auf einem der größten Medienmärkte der Welt international wettbewerbsfähig zu sein. [...]"

<http://tsp.pm/p01VTN>

GAMES/E-SPORT

WIRTSCHAFT

DIGITALE IDENTITÄT

## GESELLSCHAFT

D64

25.01.2024

### POSITIONSPAPIER: MEHR DIGITALE PARTIZIPATION WAGEN

Die Digitalisierung hat neue und vielfältige Möglichkeiten der politischen Mitwirkung und Teilhabe ermöglicht. Allerdings verschaffen sich bisher vor allem privilegierte Bürger:innen über diese digitalgestützten Kanäle Gehör. D64 fordert, diese Beteiligungslücke zu schließen. [...] Digitale Partizipation muss inklusiv sein und die Teilhabe unterrepräsentierter Gruppen gezielt gefördert werden. [...] Digitale Partizipation muss digitalpolitischer Standard werden. [...] Digitale Partizipation muss in der Fläche verfügbar sein. Die Forderungen des Positionspapiers sind dabei der inhaltliche Auftakt zum Jahresthema von D64: Digitalpolitik faschismussicher: Wie schaffen wir eine resiliente Demokratie im digitalen Raum? [...]

<http://tsp.pm/Cp6FJj>

SOZIALES

DUH

22.01.2024

## SAMMLUNG VON ELEKTROSCHROTT: DEUTSCHE UMWELTHILFE BELEGT ZAHLREICHE VERSTÖßE IM ONLINEHANDEL UND GEHT RECHTLICH GEGEN APPLE, IKEA UND ZWÖLF WEITERE UNTERNEHMEN VOR

Zahlreiche Onlinehändler nehmen gesetzliche Informationspflichten zur Rücknahme von Elektroschrott nicht ernst und bremsen damit die korrekte Erfassung ausgedienter Elektrogeräte für eine Wiederverwendung oder ein umweltfreundliches Recycling aus. Dies ist das Ergebnis eines Praxistests, den die Deutsche Umwelthilfe (DUH) zwischen August und November 2023 bei insgesamt 23 großen Onlinehändlern durchgeführt hat. Hintergrund sind seit 2022 geltende Pflichten für Onlinehändler: Verbraucherinnen und Verbraucher müssen demnach beim Kauf eines neuen Elektrogeräts noch vor dem Abschluss des Kaufvorgangs gefragt werden, ob sie ein ähnliches Altgerät bei der Anlieferung kostenlos abholen lassen wollen. Bei 14 der untersuchten Onlinehändler wurden Verbraucherinnen und Verbraucher jedoch nicht ordnungsgemäß über die kostenlosen Rückgabemöglichkeiten ausgedienter Elektrogeräte gemäß den Vorgaben des Elektroggesetzes informiert. Die DUH geht daher rechtlich gegen die Unternehmen Apple, Bauhaus, Conrad, Globus, home24, Hornbach, Ikea, Lampenwelt, Lidl, Netto, OBI, Pearl, Poco und Thomann vor. Die Unternehmen sollen sich dazu verpflichten, die festgestellten Verstöße gegen Informationspflichten abzustellen und für die Zukunft auszuschließen. Lediglich der Onlinehändler Otto zeigte eine verbraucherfreundliche Umsetzung der Abfragepflicht. [...]

Damit in Zukunft alle Onlinehändler die Information und Rücknahme von Elektroschrott deutlich besser durchführen, fordert die DUH von Bundesumweltministerin Steffi Lemke Nachbesserungen bei der in Kürze anstehenden Novellierung des Elektroggesetzes. Die Abfrage zur Rücknahme von Elektroschrott sollte in Zukunft bei jedem Onlinekauf erfolgen müssen und die verbraucherfreundliche Ausgestaltung und Umsetzung der Abfragepflicht durch konkrete Anforderungen sichergestellt werden.

<http://tsp.pm/GtMsss>

KLIMA/UMWELT

VERBRAUCHERSCHUTZ

ROHSTOFFE

GDD

26.01.2024

## 18. EUROPÄISCHER DATENSCHUTZTAG: NEUE CHECKLISTE ZU AUSKUNFTSERSUCHEN UND GEWINNSPIEL DER GDD

[...] Die GDD hat zum 18. Europäischen Datenschutztag eine "Checkliste zu Auskunftersuchen" veröffentlicht. Nach Art. 15 DS-GVO hat die betroffene Person das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie bestimmte "Metainformationen" bezogen auf die Datenverarbeitung. [...]

<http://tsp.pm/YFtGux>

DATEN/DATENSCHUTZ

VERBRAUCHERSCHUTZ

vzbv

25.01.2024

## EU-GENERALANWALT: VERBRAUCHERVERBÄNDE DÜRFEN BEI DSGVO-VERSTÖßEN KLAGEN

Dürfen Verbraucherverbände wie der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) klagen, wenn sie bei Anbietern Verstöße gegen die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sehen? Ja, hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) bereits im Jahr 2022 in einem Grundsatzurteil geurteilt. In einer [Stellungnahme](#) vom 25. Januar 2024 konkretisiert der EU-Generalanwalt diese Klagebefugnis: Demnach können Verbraucherverbände auch vor Gericht ziehen, wenn es um die Verletzung von DSGVO-Informationspflichten geht. Anlass dafür ist eine Klage des vzbv gegen Meta, die derzeit beim Bundesgerichtshof liegt. Ramona Pop, Vorstandin des vzbv, kommentiert: "Der Datensammelwut mancher Anbieter kann nur auf dem juristischen Weg etwas entgegengesetzt werden. Die Stellungnahme des EU-Generalanwalts ist daher richtungweisend für die Arbeit von Verbraucherverbänden. Sobald Online-Anbieter zu Unrecht Daten von Verbraucher:innen absaugen oder Informationspflichten zum Datenschutz verletzen, sollen Verbraucherverbände juristisch dagegen vorgehen können. Der vzbv ist bereit, die Klagebefugnis im Sinne der Verbraucher:innen weiter anzuwenden." [...]

<http://tsp.pm/H13sc5>

VERBRAUCHERSCHUTZ

DATEN/DATENSCHUTZ

HATEAID

25.01.2024

## HISTORISCHES URTEIL FÜR KÜNST UND HATEAID: META MUSS HASS SELBST FINDEN UND LÖSCHEN

Gute Nachrichten für alle Betroffenen von Hass im Netz: Das Oberlandesgericht Frankfurt (16 U 65/22) bestätigt, dass Plattformen für das Auffinden sinn- und kerngleicher illegaler Inhalte verantwortlich sind. Wird ein illegaler Inhalt der Plattform einmal gemeldet, muss diese nach Aufforderung auch ähnliche Inhalte finden und löschen. Damit bestätigte das Oberlandesgericht die wegweisende Entscheidung der Vorinstanz. Das Gericht stellte klar, dass lediglich die Plattform in der Lage sei, effektiv rechtsverletzende Posts aufzufinden und zeitnah zu entfernen. Damit scheiterte der Konzern Meta mit einer Berufung gegen ein entsprechendes Urteil des zuständigen Landgerichts. Klägerin Renate Künast erhält in dem von der Menschenrechtsorganisation HateAid realisierten Prozess auch in zweiter Instanz überwiegend recht. [...]

<http://tsp.pm/4yV0Mw>

HASS IM NETZ

EU

JUSTIZ

## SONSTIGE

gematik

25.01.2024

## NEUE LÄNDER AUF DER DIGITAL-HEALTH-EUROPAKARTE

Wie weit sind unsere europäischen Nachbarn mit der Digitalisierung im Gesundheitsbereich? Die gematik hat die Daten von neun neuen Ländern auf ihrer [Europakarte](#) aufgenommen und gibt einen aktuellen Überblick über den Status Quo. Mit dabei sind beispielsweise Italien, die Niederlande, Norwegen und Litauen. Auch Bürgerinnen und Bürger kommen in neuen Videos zu Wort und teilen ihre Erfahrungen. Der Blick ins europäische Ausland zeigt: Digitale Anwendungen bringen echten Mehrwert im Gesundheitsbereich – besonders dann, wenn der Zugang niedrigschwellig und damit die Nutzung der Anwendungen so unkompliziert wie möglich ist. [...]

<http://tsp.pm/kT1X8T>

GESUNDHEIT/PFLEGE



# ÜBERSICHT ZUM 29.01.2024

Status der Gesetzgebungsverfahren zum 29.01.2024

## NEU

Keine neuen Gesetze und Verordnungen

## IM PROZESS

2./3. LESUNG BUNDESTAG

20/9999

Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024

2./3. LESUNG BUNDESTAG

20/7800

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

20/9648

Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung von Finanzkriminalität (Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz – FKBG)

2. BERATUNG BUNDES RAT

4/24

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz – DigiG)

2. BERATUNG BUNDES RAT

3/24

Gesetz zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten (Gesundheitsdatennutzungsgesetz – GDNG)

1. BERATUNG BUNDES RAT

678/23

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 12. März 2019 zur Gründung des "Square Kilometre Array"-Observatoriums

1. BERATUNG BUNDES RAT

677/23

Postrechtsmodernisierungsgesetz (PostModG)

1. BERATUNG BUNDES RAT

672/23

Gesetz zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes

1. BERATUNG BUNDES RAT

670/23

Gesetz über die Digitalisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktdigitalisierungsgesetz – FinmadiG)

**1. LESUNG BUNDESTAG**

20/9890

Gesetz zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümersammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen

**1. LESUNG BUNDESTAG**

20/9873

Gesetz zur Änderung des Funkanlagengesetzes

**AUSSCHUSS BUNDESTAG**

20/9720

Gesetz zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls

**ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG**

20/9470

Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht (DÜV-AnpassG)

**1. LESUNG BUNDESTAG**

20/9043

Zehntes Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes – Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs mit dem Bundesverfassungsgericht

**1. LESUNG BUNDESTAG**

20/8674

Gesetz zur Regelung hybrider und virtueller Versammlungen in der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie zur Änderung weiterer Vorschriften des Rechts der rechtsberatenden Berufe

**ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG**

20/8093

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZGÄndG)

**AUSSCHUSS BUNDES RAT**

676/23

Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze (Digitale-Dienste-Gesetz)

**2. BERATUNG BUNDES RAT**

604/23

Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten

**2. BERATUNG BUNDES RAT**

603/23

Gesetz zur digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung (DokHVG)

2. BERATUNG BUNDES RAT

588/23

Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie  
Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz)

 **VERABSCHIEDET**

---

Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen

IM PROZESS

20/9999

**ZWEITES HAUSHALTSFINANZIERUNGSGESETZ 2024**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP	Nicht zustimmungspfl.	–

Gegenstand des Gesetzes sind Gesetzesänderungen, die im Zuge der Neuaufstellung des Haushaltsentwurfs 2024 als Folge des Urteils des BVerfG notwendig geworden sind. Darunter fallen etwa die Erhöhung der Luftverkehrssteuer, die Änderung des WindSeeG oder die weitere Minderung des Erhöhungsbetrages des zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung.

**AKTUELLER STATUS****02.02.2024: 2./3. Lesung Bundestag**

<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (20/9999) <a href="http://tsp.pm/PFuJZO">http://tsp.pm/PFuJZO</a>
11.01.2024: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/4gBqlk">http://tsp.pm/4gBqlk</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/rIPNBC">http://tsp.pm/rIPNBC</a>
15.01.2024: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/qCvDF6">http://tsp.pm/qCvDF6</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/Cc5Qkb">http://tsp.pm/Cc5Qkb</a>
17.01.2024: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Haushaltsausschuss) Plenarprotokoll (20/146) <a href="http://tsp.pm/mkpSSJ">http://tsp.pm/mkpSSJ</a>
18.01.2024: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/10150) <a href="http://tsp.pm/ilzk9t">http://tsp.pm/ilzk9t</a>
02.02.2024: 2./3. Lesung	
<b>BUNDESRAT</b>	
vsl. 02.02.2024: Beratung	

IM PROZESS

20/7800

## GESETZ ÜBER DIE FESTSTELLUNG DES BUNDESHAUSHALTSPLANS FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2024 (HAUSHALTSGESETZ 2024)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Nicht zustimmungspfl.	–

Gemäß § 11 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung ist für das Haushaltsjahr 2024 ein Haushaltsplan aufzustellen. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans werden gemäß § 29 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung von der Bundesregierung beschlossen. Der vom Bundesministerium der Finanzen aufgestellte Entwurf des Haushaltsplans beruht auf den dem Bundesministerium der Finanzen von den jeweils zuständigen obersten Bundesbehörden übersandten Voranschlägen der Einzelpläne und den Ergebnissen der nachfolgenden bilateralen Ressortverhandlungen.

### AKTUELLER STATUS

### 02.02.2024: 2./3. Lesung Bundestag

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
05.07.2023: Kabinett	Gesetzentwurf
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzentwurf (320/23) <a href="https://tsp.pm/xUPVnw">https://tsp.pm/xUPVnw</a>
14.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (320/1/23) <a href="https://tsp.pm/77kW2Z">https://tsp.pm/77kW2Z</a>
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (320/23(B)) <a href="https://tsp.pm/vHb01A">https://tsp.pm/vHb01A</a> Plenarprotokoll (1036) <a href="https://tsp.pm/jvSxLt">https://tsp.pm/jvSxLt</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (20/7800) <a href="https://tsp.pm/RNnOI2">https://tsp.pm/RNnOI2</a>
05.07.2023: Ausschuss	Berichtersteller: Rohde (SPD), Haase (CDU/CSU), Kindler (Grüne), Fricke (FDP), Boehring (AfD), Löttsch (fraktionslos)
05.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Haushaltsausschuss) Plenarprotokoll (20/117) <a href="https://tsp.pm/DwQvMd">https://tsp.pm/DwQvMd</a>
16.11.2023: Ausschuss	Bereinigung
21.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="https://tsp.pm/HkOy7r">https://tsp.pm/HkOy7r</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/GtfaSD">https://tsp.pm/GtfaSD</a>
<del>23.11.2023: Ausschuss</del>	<del>Absetzung von TO</del>
18.01.2024: Ausschuss	Bereinigung Beschlussempfehlung und Bericht (20/8662) <a href="http://tsp.pm/OJdtfm">http://tsp.pm/OJdtfm</a>
02.02.2024: 2./3. Lesung	
<b>BUNDESRAT</b>	
vsl. 02.02.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/9648

## GESETZ ZUR VERBESSERUNG DER BEKÄMPFUNG VON FINANZKRIMINALITÄT (FINANZKRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNGSGESETZ – FKBG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen wesentliche Regelungen zur Errichtung des neuen Bundesamtes zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF), seine Aufgaben und Befugnisse sowie notwendige fachgesetzliche Anpassungen u. a. im Bereich der Geldwäscheaufsicht und Sanktionen geschaffen werden. Darüber hinaus sind Regelungen für die Einrichtung eines Immobilientransaktionsregisters enthalten.

### AKTUELLER STATUS

### 29.01.2024: Öffentliche Anhörung

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
08.09.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/1tuYGr">https://tsp.pm/1tuYGr</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/CbYR6k">https://tsp.pm/CbYR6k</a>
11.10.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/QY5bVE">https://tsp.pm/QY5bVE</a>
<b>BUNDESRAT</b>	
09.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (506/1/23) <a href="https://tsp.pm/y2uhMt">https://tsp.pm/y2uhMt</a>
24.11.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (506/23(B)) <a href="https://tsp.pm/qHQUbK">https://tsp.pm/qHQUbK</a> Plenarprotokoll (1038) <a href="https://tsp.pm/OezatM">https://tsp.pm/OezatM</a>
<b>BUNDESTAG</b>	
13.12.2023: Ausschuss	Gesetzesentwurf (20/9648) <a href="https://tsp.pm/qtuXvb">https://tsp.pm/qtuXvb</a>
14.12.2023: 1. Lesung	Beratung und Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung Überweisung (federführend: Finanzausschuss) Plenarprotokoll (20/144) <a href="https://tsp.pm/fJLk21">https://tsp.pm/fJLk21</a>
29.01.2024: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/kVOSGy">http://tsp.pm/kVOSGy</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/p1IxBl">http://tsp.pm/p1IxBl</a>
<b>BUNDESRAT</b>	

IM PROZESS

4/24

## GESETZ ZUR BESCHLEUNIGUNG DER DIGITALISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS (DIGITAL-GESETZ – DIGIG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Ziel, die digitale Transformation des Gesundheitswesens und der Pflege voranzutreiben, ist unter anderem vorgesehen, die ePA zu einer Opt-Out-Anwendung umzubauen, das E-Rezept weiterzuentwickeln und den Einsatz von DiGA auszubauen. Zudem soll die bisher geltende Begrenzung von Videosprechstunden wegfallen, sollen strukturierte Behandlungsprogramme für Diabetes-Patienten mit digitalisierten Versorgungsprozessen eingeführt und die Interoperabilität von IT-Systemen durch verbindliche Standards, Profile und Leitfäden erhöht werden. Darüber hinaus wird vorgegeben, dass bei der Verarbeitung von gesundheits- und/oder personenbezogenen Daten mithilfe von cloudbasierten IT-Systemen Mindestanforderungen des BSI zu erfüllen sind. Vorgesehen ist außerdem eine Verstetigung und Weiterentwicklung des Innovationsfonds.

### AKTUELLER STATUS

### 02.02.2024: 2. Beratung Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
05.07.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/uDv8wF">https://tsp.pm/uDv8wF</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/l3xAGX">https://tsp.pm/l3xAGX</a>
30.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/mlZkz7">https://tsp.pm/mlZkz7</a>
<b>BUNDES RAT</b>	Gesetzesentwurf (435/23) <a href="https://tsp.pm/jYw3xC">https://tsp.pm/jYw3xC</a>
04.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (435/1/23) <a href="https://tsp.pm/m6l4iC">https://tsp.pm/m6l4iC</a>
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (435/23(B)) <a href="https://tsp.pm/tCtfZ8">https://tsp.pm/tCtfZ8</a> Plenarprotokoll (1037) <a href="https://tsp.pm/tEwYd1">https://tsp.pm/tEwYd1</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (20/9048) <a href="https://tsp.pm/9jipF8">https://tsp.pm/9jipF8</a>
08.11.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
09.11.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Gesundheitsausschuss) Plenarprotokoll (20/134) <a href="https://tsp.pm/sO1aCb">https://tsp.pm/sO1aCb</a>
15.11.2023: Ausschuss	
15.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="https://tsp.pm/hRNMph">https://tsp.pm/hRNMph</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/7gt1UC">https://tsp.pm/7gt1UC</a>
13.12.2023: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/9788) <a href="https://tsp.pm/XGj7D7">https://tsp.pm/XGj7D7</a>
14.12.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/144) <a href="https://tsp.pm/TmOtKi">https://tsp.pm/TmOtKi</a>
<b>BUNDES RAT</b>	Gesetz (4/24) <a href="http://tsp.pm/7UgJ0z">http://tsp.pm/7UgJ0z</a>
17.01.2024: Ausschuss	Empfehlung des Ausschusses <a href="http://tsp.pm/znrSt2">http://tsp.pm/znrSt2</a>
02.02.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

3/24

## GESETZ ZUR VERBESSERTEN NUTZUNG VON GESUNDHEITSDATEN (GESUNDHEITSDATENNUTZUNGSGESETZ – GDNG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen bürokratische und organisatorische Hürden bei der Datennutzung abgebaut und die Nutzbarkeit von Gesundheitsdaten im Sinne eines die Datennutzung "ermöglichenden Datenschutzes" verbessert werden. Um das zu erreichen, ist unter anderem der Aufbau einer nationalen Datenzugangs- und Koordinierungsstelle für Gesundheitsdaten, die Verknüpfung von Daten des Forschungsdatenzentrums Gesundheit mit den Daten der klinischen Krebsregister der Länder nach § 65c SGB V und die Einführung einer Verpflichtung zur Geheimhaltung für mit Gesundheitsdaten Forschende samt Strafnorm vorgesehen. Zudem sollen durch Änderungen im Modellvorhaben Genomsequenzierung die existierenden Versorgungsstrukturen im Rahmen der genommedizinischen Versorgung eingebunden und die Datenhaltung dezentralisiert werden.

### AKTUELLER STATUS

### 02.02.2024: 2. Beratung Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
04.08.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/494GWi">https://tsp.pm/494GWi</a>
30.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/luiTlg">https://tsp.pm/luiTlg</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (434/23) <a href="https://tsp.pm/84JIKJ">https://tsp.pm/84JIKJ</a>
04.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (434/1/23) <a href="https://tsp.pm/UePMvr">https://tsp.pm/UePMvr</a>
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (434/23(B)) <a href="https://tsp.pm/oY9Hvs">https://tsp.pm/oY9Hvs</a> Plenarprotokoll (1037) <a href="https://tsp.pm/RCzcE6">https://tsp.pm/RCzcE6</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (20/9046) <a href="https://tsp.pm/EKIDG2">https://tsp.pm/EKIDG2</a>
08.11.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
09.11.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Gesundheitsausschuss) Plenarprotokoll (20/134) <a href="https://tsp.pm/O9tNbn">https://tsp.pm/O9tNbn</a>
15.11.2023: Ausschuss	
15.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="https://tsp.pm/pNLWGj">https://tsp.pm/pNLWGj</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/tqn1rh">https://tsp.pm/tqn1rh</a>
13.12.2023: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/9785) <a href="https://tsp.pm/lnQ9MO">https://tsp.pm/lnQ9MO</a>
14.12.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/144) <a href="https://tsp.pm/oWXIWX">https://tsp.pm/oWXIWX</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetz (3/24) <a href="http://tsp.pm/AjVAdC">http://tsp.pm/AjVAdC</a>
17.01.2024: Ausschuss	Empfehlung des Ausschusses <a href="http://tsp.pm/XRuXGI">http://tsp.pm/XRuXGI</a>
02.02.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

678/23

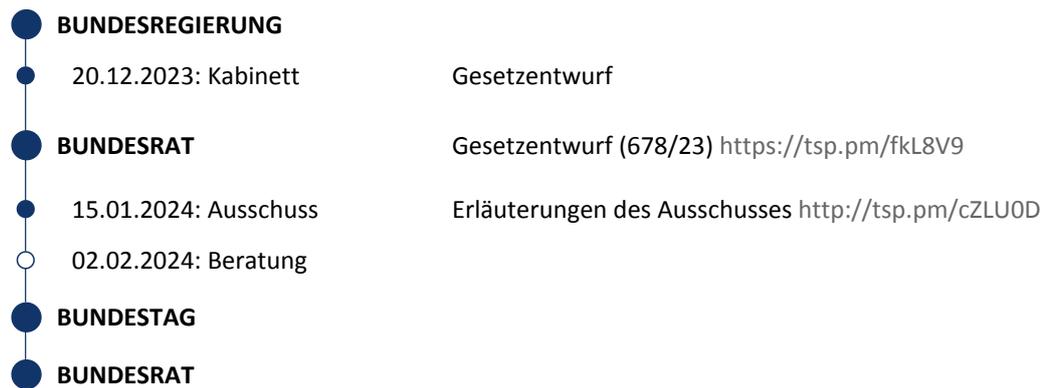
## GESETZ ZU DEM ÜBEREINKOMMEN VOM 12. MÄRZ 2019 ZUR GRÜNDUNG DES "SQARE KILOMETRE ARRAY"-OBSERVATORIUMS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMBF	Zustimmungspf.	–

Mit dem Gesetz soll der Beitritt Deutschlands zum Übereinkommen zur Gründung des Square Kilometre Array-Observatoriums (SKAO) formalisiert werden.

### AKTUELLER STATUS

**02.02.2024: 1. Beratung Bundesrat**



IM PROZESS

677/23

**POSTRECHTSMODERNISIERUNGSGESETZ (POSTMODG)**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll das PostG an die seit der Einführung des Gesetzes veränderten Bedeutung des Briefs und die damit einhergehenden veränderten Anforderungen angepasst werden. Dies betrifft den postalischen Universaldienst und dessen Finanzierung, die Auswirkungen zunehmender Paketmengen und eines intensiven Wettbewerbs auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, den Einfluss zunehmender Lieferverkehre auf Natur und Umwelt sowie die Einflüsse der fortschreitenden Digitalisierung auf alle Bereiche des Postsektors angepasst werden.

**AKTUELLER STATUS****02.02.2024: 1. Beratung Bundesrat****BUNDESREGIERUNG**

20.12.2023: Kabinett

Gesetzentwurf <https://tsp.pm/Tl6jpR>

**BUNDESRAT**

18.01.2024: Ausschuss

Gesetzentwurf (677/23) <https://tsp.pm/c7deHk>

02.02.2024: Beratung

Empfehlungen der Ausschüsse (677/1/23) <http://tsp.pm/aQQVpi>

**BUNDESTAG**

vsl. 22.02.2024: 1. Lesung

vsl. 13.03.2024: Anhörung

vsl. 20.03.2024: Ausschuss

vsl. 21.03.2024: 2./3. Lesung

**BUNDESRAT**

vsl. 11.04.2024: Ausschuss

vsl. 26.04.2024: 2. Beratung

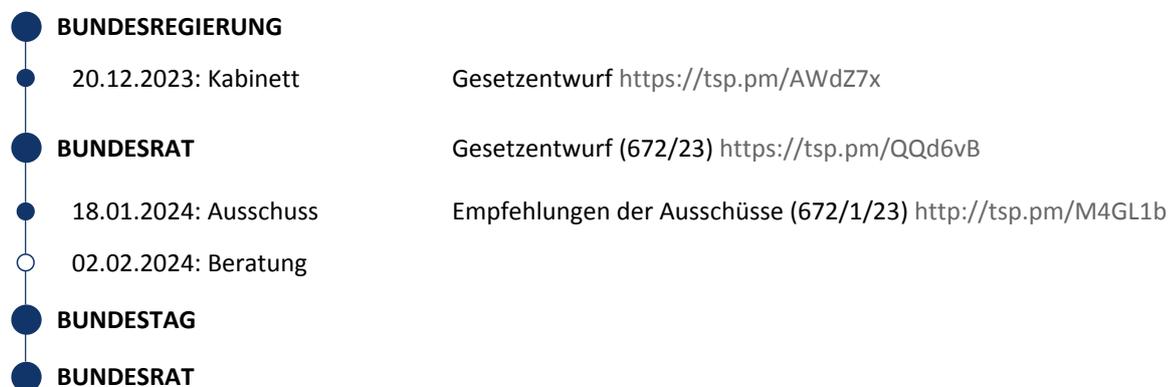
IM PROZESS

672/23

**GESETZ ZUR NEUSTRUKTURIERUNG DES BUNDESPOLIZEIGESETZES**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	–

Das bisherige BPolG aus dem Jahr 1994 wird durch eine Neufassung abgelöst. Die Vorgaben des BVerfG aus seinem Urteil vom 20. April 2016 zum BKAG werden umgesetzt. Darin hatte das BVerfG Anforderungen zur Übermittlung von Daten an öffentliche Stellen gestellt. Außerdem soll die Richtlinie (EU) 2016/680 vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zweck der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr weitgehend in Teil 3 des BDSG umgesetzt werden. Im BPolG sollen diese Vorschriften gleichwohl an einigen Stellen im Hinblick auf die Erfordernisse der Bundespolizei ergänzt und spezifiziert werden.

**AKTUELLER STATUS****02.02.2024: 1. Beratung Bundesrat**

IM PROZESS

670/23

## GESETZ ÜBER DIE DIGITALISIERUNG DES FINANZMARKTES (FINANZMARKTDIGITALISIERUNGSGESETZ – FINMADIG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Zustimmungspf.	–

Mit dem Finanzmarktdigitalisierungsgesetz sollen Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2023/1114, (EU) 2023/1113 und (EU) 2022/2554 getroffen und die Richtlinie (EU) 2022/2556 in nationales Recht umgesetzt werden. Dazu soll ein neues Kryptomärkteaufsichtsgesetz (KMAG) erlassen werden. Die bisherige nationale Regulierung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen im Hinblick auf Kryptowerte, namentlich im Kreditwesengesetz (KWG), soll angepasst werden. Anpassungen sind zudem im Geldwäschegesetz (GwG) in Bezug auf Kryptowertetransfers erforderlich.

### AKTUELLER STATUS

### 02.02.2024: 1. Beratung Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
23.10.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/3Z9Rxr">https://tsp.pm/3Z9Rxr</a>
20.12.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/bjQ1Mu">https://tsp.pm/bjQ1Mu</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (670/23) <a href="https://tsp.pm/rGiCjv">https://tsp.pm/rGiCjv</a>
18.01.2024: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (676/1/23) <a href="http://tsp.pm/2cflN7">http://tsp.pm/2cflN7</a>
02.02.2024: 1. Beratung	
<b>BUNDESTAG</b>	
<b>BUNDESRAT</b>	

IM PROZESS

20/9890

## GESETZ ZUR ZULASSUNG VIRTUELLER WOHNUNGSEIGENTÜMERVERSAMMLUNGEN, ZUR ERLEICHTERUNG DES EINSATZES VON STECKERSOLARGERÄTEN UND ZUR ÜBERTRAGBARKEIT BESCHRÄNKTER PERSÖNLICHER DIENSTBARKEITEN FÜR ERNEUERBARE-ENERGIEN-ANLAGEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll im Wohnungseigentumsgesetz (WEG) eine Beschlusskompetenz für Wohnungseigentümer geschaffen werden, um künftig rein virtuelle Wohnungseigentümerversammlungen abhalten zu können. Außerdem sind Änderungen im Wohnungseigentumsrecht und im Mietrecht vorgesehen, damit die Stromerzeugung durch Steckersolargeräte in den Katalog der sogenannten privilegierten Maßnahmen aufgenommen wird. Die Ausnahmen von der Unübertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten in § 1092 Absatz 3 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sollen für juristische Personen und für rechtsfähige Personengesellschaften um Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie erweitert werden.

### AKTUELLER STATUS

**18.01.2024: 1. Lesung Bundestag**

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
31.05.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/KXtoq1">https://tsp.pm/KXtoq1</a> Synopsis <a href="https://tsp.pm/tR6SAf">https://tsp.pm/tR6SAf</a>
13.09.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/E93ibC">https://tsp.pm/E93ibC</a> Synopsis <a href="https://tsp.pm/8YTald">https://tsp.pm/8YTald</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (508/23) <a href="https://tsp.pm/z7yVdh">https://tsp.pm/z7yVdh</a>
08.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (508/1/23) <a href="https://tsp.pm/tQjtvL">https://tsp.pm/tQjtvL</a>
24.11.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (508/23(B)) <a href="https://tsp.pm/0n0saL">https://tsp.pm/0n0saL</a> Plenarprotokoll (1038) <a href="https://tsp.pm/dPnl6t">https://tsp.pm/dPnl6t</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (20/9890) <a href="https://tsp.pm/DEdo07">https://tsp.pm/DEdo07</a>
17.01.2024: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung Berichterstatter: Mansoori (SPD) Luczak (CDU/CSU), Bayram (Grüne), Willkomm (FDP), Jacobi (AfD)
18.01.2024: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/148) <a href="http://tsp.pm/63hvxV">http://tsp.pm/63hvxV</a>
19.02.2024: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/Y8CVMx">http://tsp.pm/Y8CVMx</a>
<b>BUNDESRAT</b>	
vsl. 06.03.2024: Ausschuss	
vsl. 22.03.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/9873

**GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES FUNKANLAGENGESETZES**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit der EU-Richtlinie (EU) 2022/2380 sollen einheitliche Ladekabel EU-weit verpflichtend werden. USB-C soll damit als neuer Standard für Smartphones, Digitalkameras, Kopfhörer, Tablets, tragbare Videospielekonsolen, Tastaturen, E-Reader, Navigationsgeräte, Headsets und tragbare Lautsprecher vorgeschrieben werden, sofern sie mit einem Kabel aufgeladen werden können. Dazu muss das Funkanlagengesetz geändert werden. Die EU-Richtlinie muss von den Mitgliedstaaten bis zum 28.12.2023 in nationales Recht umgesetzt sein, die sich hieraus ergebenden Vorschriften sind ab dem 28.12.2024 für die meisten und ab dem 28.04.2026 für sämtliche in den Geltungsbereich der Richtlinie fallenden Geräte anzuwenden.

**AKTUELLER STATUS****18.01.2024: 1. Lesung Bundestag**

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
28.08.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/o6nCKz">https://tsp.pm/o6nCKz</a>
25.10.2023: Kabinett	
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzentwurf (569/23) <a href="https://tsp.pm/Z9xMfe">https://tsp.pm/Z9xMfe</a>
30.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse <a href="https://tsp.pm/jLHsJ5">https://tsp.pm/jLHsJ5</a>
15.12.2023: 1. Beratung	Keine Einwendungen (569/23(B)) <a href="https://tsp.pm/G0Xqtk">https://tsp.pm/G0Xqtk</a> Plenarprotokoll (1040) <a href="https://tsp.pm/VINVai">https://tsp.pm/VINVai</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (20/9873) <a href="https://tsp.pm/bVuumT">https://tsp.pm/bVuumT</a>
18.01.2024: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Wirtschaftsausschuss) Plenarprotokoll (20/147) <a href="http://tsp.pm/GbACFa">http://tsp.pm/GbACFa</a>
vsl. 21.02.2024: Ausschuss	
vsl. 22.02.2024: 2./3. Lesung	
<b>BUNDESRAT</b>	
vsl. 07.03.2024: Ausschuss	
vsl. 22.03.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/9720

**GESETZ ZUR BEKÄMPFUNG DES WOHNUNGSEINBRUCHDIEBSTAHLS**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	CDU/CSU-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	–

Zur Verfolgung des Wohnungseinbruchdiebstahls soll die Telekommunikationsüberwachung erweitert werden. Bei Verdacht eines Einbruchdiebstahls in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung (§ 244 Absatz 4 des StGB) soll den Ermittlungsbehörden die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation ermöglicht werden, ohne dass einschränkend der Verdacht eines bandenmäßig begangenen Diebstahls vorliegen muss.

**AKTUELLER STATUS****17.01.2024: Ausschuss Bundestag**

<ul style="list-style-type: none"> <li>● <b>BUNDESTAG</b></li> <li>● 14.12.2023: 1. Lesung</li> <li>● 17.01.2024: Ausschuss</li> <li>○ 18.03.2024: Anhörung</li> <li>● <b>BUNDESRAT</b></li> </ul>	<p>Gesetzentwurf (20/9720) <a href="https://tsp.pm/Tn3GWH">https://tsp.pm/Tn3GWH</a></p> <p>Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/144) <a href="https://tsp.pm/3yV4LV">https://tsp.pm/3yV4LV</a></p> <p>Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung Berichterstatter: Fiedler (SPD), Ullrich (CDU/CSU), Limburg (Grüne), Hartewig (FDP), Seitz (AfD)</p>
--	---

IM PROZESS

20/9470

## GESETZ ZUR ANPASSUNG VON DATENÜBERMITTLUNGSVORSCHRIFTEN IM AUSLÄNDER- UND SOZIALRECHT (DÜV-ANPASSG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	–

Angesichts der Herausforderungen, vor denen Ausländerbehörden, aber auch Leistungsbehörden im Hinblick auf die steigende Zahl von Schutzsuchenden in Deutschland stehen, sollen diese durch eine möglichst automatisierte Datenübermittlung über das Ausländerzentralregister (AZR) von den zahlreichen standardmäßigen manuellen Abfragen entlastet und zugleich etwaigem Leistungsmissbrauch vorgebeugt werden. Außerdem soll mit dem Gesetz die Erfüllung der Verpflichtung aus der EU Migrationsstatistik-Verordnung zur Erfassung des Leistungsbezuges von Geflüchteten ermöglicht werden.

### AKTUELLER STATUS

### 15.01.2024: Öffentliche Anhörung

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
18.10.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/mA4Dnh">https://tsp.pm/mA4Dnh</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/pmCCfB">https://tsp.pm/pmCCfB</a>
01.11.2023: Kabinett	Gesetzentwurf <a href="https://tsp.pm/KDzEYb">https://tsp.pm/KDzEYb</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzentwurf (567/23) <a href="https://tsp.pm/EsgkQC">https://tsp.pm/EsgkQC</a>
29.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (567/1/23) <a href="https://tsp.pm/LCa1Sc">https://tsp.pm/LCa1Sc</a>
15.12.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (567/23(B)) <a href="https://tsp.pm/12TqLw">https://tsp.pm/12TqLw</a> Plenarprotokoll (1040) <a href="https://tsp.pm/PUUtHU">https://tsp.pm/PUUtHU</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzentwurf (20/9470) <a href="https://tsp.pm/tZ7lss">https://tsp.pm/tZ7lss</a>
13.12.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
14.12.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Innenausschuss) Plenarprotokoll (20/144) <a href="https://tsp.pm/mBO9Q2">https://tsp.pm/mBO9Q2</a>
15.01.2024: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="http://tsp.pm/UKKTCH">http://tsp.pm/UKKTCH</a> Stellungnahmen <a href="http://tsp.pm/icdun4">http://tsp.pm/icdun4</a>
<b>BUNDESRAT</b>	

IM PROZESS

20/9043

## ZEHNTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTSGESETZES – EINFÜHRUNG DES ELEKTRONISCHEN RECHTSVERKEHRS MIT DEM BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen die gesetzlichen Grundlagen für die sichere elektronische verfahrensbezogene Kommunikation mit dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) geschaffen werden, indem die für die Übermittlung elektronischer Dokumente an das BVerfG und die Bearbeitung elektronischer Dokumente durch das BVerfG erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen geregelt werden. Darüber hinaus wird die vom BVerfG angestrebte elektronische Führung der Verfahrensakte berücksichtigt. Außerdem ist geplant, für bestimmte Forschungsvorhaben die Möglichkeit früherer Einsichtnahme in Altunterlagen einzuführen.

### AKTUELLER STATUS

**09.11.2023: 1. Lesung Bundestag**

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
26.05.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/iotHEI">https://tsp.pm/iotHEI</a> Synopsis <a href="https://tsp.pm/VvUePB">https://tsp.pm/VvUePB</a>
23.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/Vn1vBC">https://tsp.pm/Vn1vBC</a> Synopsis <a href="https://tsp.pm/Hn8el8">https://tsp.pm/Hn8el8</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (441/23) <a href="https://tsp.pm/HTkCHA">https://tsp.pm/HTkCHA</a>
04.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (441/1/23) <a href="https://tsp.pm/wkc00B">https://tsp.pm/wkc00B</a>
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (441/23(B)) <a href="https://tsp.pm/TlxfT9">https://tsp.pm/TlxfT9</a> Plenarprotokoll (1037) <a href="https://tsp.pm/WdDo5Z">https://tsp.pm/WdDo5Z</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (20/9043) <a href="https://tsp.pm/2YeO59">https://tsp.pm/2YeO59</a>
09.11.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/134) <a href="https://tsp.pm/vL3wpo">https://tsp.pm/vL3wpo</a>
<b>BUNDESRAT</b>	

IM PROZESS

20/8674

## GESETZ ZUR REGELUNG HYBRIDER UND VIRTUELLER VERSAMMLUNGEN IN DER BUNDESNOTARORDNUNG, DER BUNDESRECHTSANWALTSORDNUNG, DER PATENTANWALTSORDNUNG UND DEM STEUERBERATUNGSGESETZ SOWIE ZUR ÄNDERUNG WEITERER VORSCHRIFTEN DES RECHTS DER RECHTSBERATENDEN BERUFE

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

In der BNotO, BRAO, PAO und dem StBerG werden Regelungen ergänzt, die eine Abhaltung hybrider und virtueller Versammlungen ermöglichen, wovon sowohl die Kammern als auch die Teilnehmenden profitieren sollen. Die Durchführung wird zum Schutz der Teilnehmenden an zusätzliche Voraussetzungen geknüpft. Weil es sich um Körperschaften des öffentlichen Rechts handelt, sollen die gesetzlichen Regelungen aber lediglich Mindestvoraussetzungen definieren und die Kammern die weitere Ausgestaltung übernehmen.

### AKTUELLER STATUS

**12.10.2023: 1. Lesung Bundestag**

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
17.03.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/k8MIIL">https://tsp.pm/k8MIIL</a> Synopse <a href="https://tsp.pm/KPslFg">https://tsp.pm/KPslFg</a>
13.07.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/UiET60">https://tsp.pm/UiET60</a> Synopse <a href="https://tsp.pm/wdUfCH">https://tsp.pm/wdUfCH</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (372/23) <a href="https://tsp.pm/NLLbEV">https://tsp.pm/NLLbEV</a>
13.09.2023: Ausschuss	Empfehlung des Ausschusses <a href="https://tsp.pm/UelCCm">https://tsp.pm/UelCCm</a>
29.09.2023: 1. Beratung	Keine Einwendungen (372/23(B)) <a href="https://tsp.pm/qwvipl">https://tsp.pm/qwvipl</a> Plenarprotokoll (1036) <a href="https://tsp.pm/9eck5M">https://tsp.pm/9eck5M</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (20/8674) <a href="https://tsp.pm/SmW1bn">https://tsp.pm/SmW1bn</a>
12.10.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/128) <a href="https://tsp.pm/NMJQQH">https://tsp.pm/NMJQQH</a>
<b>BUNDESRAT</b>	

IM PROZESS

20/8093

## GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ONLINEZUGANGSGESETZES SOWIE WEITERER VORSCHRIFTEN ZUR DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG (OZGÄNDG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll das Onlinezugangsgesetz (OZG), dessen Zielvorgaben zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nicht erreicht wurden, überarbeitet und weiterentwickelt werden. Dazu ist eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen. Unter anderem sollen die Umsetzungsfrist gestrichen, ein begleitendes Monitoring eingeführt und zentrale Basisdienste durch den Bund bereitgestellt werden. Beabsichtigt ist außerdem Digital-Only für Unternehmensleistungen, die Verbindlichkeit des einheitlichen Organisationskontos sowie die Bereitstellung eines einheitlich erreichbaren Beratungsangebots im Portalverbund. Das Once-Only-Prinzip soll durch eine Generalklausel festgeschrieben und die Möglichkeit der vollständigen elektronischen Abwicklung (Ende-zu-Ende-Digitalisierung) wesentlicher Verwaltungsleistungen geschaffen werden.

### AKTUELLER STATUS

### 09.10.2023: Öffentliche Anhörung

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
20.01.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/zfNKPD">https://tsp.pm/zfNKPD</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/XKkK28">https://tsp.pm/XKkK28</a>
24.05.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/Fhkl21">https://tsp.pm/Fhkl21</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (226/23) <a href="https://tsp.pm/KsZ5gt">https://tsp.pm/KsZ5gt</a>
22.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (226/1/23) <a href="https://tsp.pm/prgLA0">https://tsp.pm/prgLA0</a>
07.07.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (226/23(B)) <a href="https://tsp.pm/4T0bf8">https://tsp.pm/4T0bf8</a> Plenarprotokoll (1035) <a href="https://tsp.pm/MJpcvY">https://tsp.pm/MJpcvY</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (20/8093) <a href="https://tsp.pm/DeLJdR">https://tsp.pm/DeLJdR</a>
20.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Inneres und Heimat) Plenarprotokoll (20/121) <a href="https://tsp.pm/pJWbFi">https://tsp.pm/pJWbFi</a>
27.09.2023: Ausschuss	Berichtersteller: Kreiser (SPD), Heilmann (CDU/CSU), Khan (Grüne), Redder (FDP), Janich (AfD), Pau (fraktionslos) Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
09.10.2023: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="https://tsp.pm/ZqHwIC">https://tsp.pm/ZqHwIC</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/gTpGmg">https://tsp.pm/gTpGmg</a>
<b>BUNDESRAT</b>	

IM PROZESS

676/23

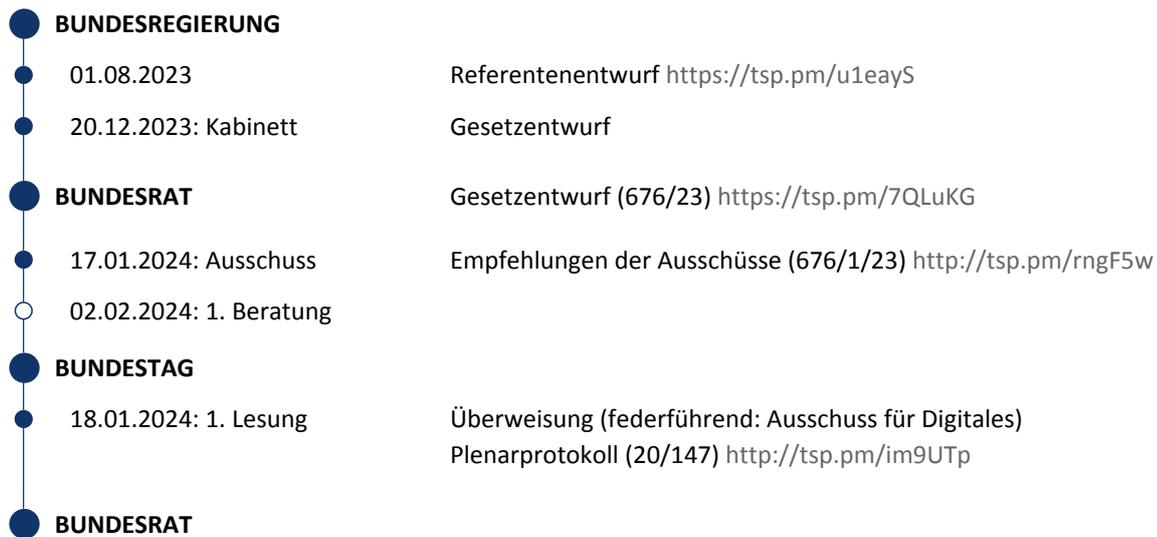
**GESETZ ZUR DURCHFÜHRUNG DER VERORDNUNG (EU) 2022/2065 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 19. OKTOBER 2022 ÜBER EINEN BINNENMARKT FÜR DIGITALE DIENSTE UND ZUR ÄNDERUNG DER RICHTLINIE 2000/31/EG SOWIE ZUR DURCHFÜHRUNG DER VERORDNUNG (EU) 2019/1150 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 20. JUNI 2019 ZUR FÖRDERUNG VON FAIRNESS UND TRANSPARENZ FÜR GEWERBLICHE NUTZER VON ONLINE-VERMITTLUNGSDIENSTEN UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER GESETZE (DIGITALE-DIENSTE-GESETZ)**

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMDV	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz wird der nationale Rechtsrahmen an den Vorgaben des europäischen DSA ausgerichtet und entsprechend angepasst. Es schafft vor allem einen Rechtsrahmen für die behördliche Überwachung der Einhaltung von DSA-Vorschriften durch Anbieter von Vermittlungsdiensten. Zu diesem Zweck wird eine zentrale Stelle für die Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten und für die Durchsetzung des DSA benannt: Die Koordinierungsstelle für digitale Dienste wird innerhalb der zuständigen BNetzA eingerichtet, um eine wirksame und zugleich unabhängige Aufsicht über digitale Vermittlungsdienste zu gewährleisten.

**AKTUELLER STATUS**

**18.01.2024: Ausschuss Bundesrat**



IM PROZESS

604/23

## GESETZ ZUR FÖRDERUNG DES EINSATZES VON VIDEOKONFERENZTECHNIK IN DER ZIVILGERICHTSBARKEIT UND DEN FACHGERICHTSBARKEITEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen die Möglichkeiten des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit sowie in den Fachgerichtsbarkeiten (Verwaltungs-, Finanz-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit) erweitert werden. Dieses Ziel soll in erster Linie durch eine Neufassung des § 128a der Zivilprozessordnung (ZPO) erreicht werden. Danach soll künftig das Gericht (in Person der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden) eine Videoverhandlung nicht mehr nur gestatten, sondern auch anordnen können. Die Regelungen zur vorläufigen Protokollaufzeichnung sollen zudem erweitert werden, indem zusätzlich zu der bereits zulässigen Tonaufzeichnung die Möglichkeit für das Gericht geschaffen wird, auch eine Bild-Ton-Aufzeichnung anzufertigen.

### AKTUELLER STATUS

### 15.12.2023: 2. Beratung Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
23.11.2022	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/HHrSwl">https://tsp.pm/HHrSwl</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/jMp1eM">https://tsp.pm/jMp1eM</a>
24.05.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/C4h8R2">https://tsp.pm/C4h8R2</a> Synopsis <a href="https://tsp.pm/ExwLNG">https://tsp.pm/ExwLNG</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (228/23) <a href="https://tsp.pm/16pY14">https://tsp.pm/16pY14</a>
21.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (228/1/23) <a href="https://tsp.pm/XPqzG0">https://tsp.pm/XPqzG0</a>
07.07.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (228/23(B)) <a href="https://tsp.pm/1ED21N">https://tsp.pm/1ED21N</a> Plenarprotokoll (1035) <a href="https://tsp.pm/1QMb47">https://tsp.pm/1QMb47</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (20/8095) <a href="https://tsp.pm/efjytc">https://tsp.pm/efjytc</a>
21.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/122) <a href="https://tsp.pm/UBSvbn">https://tsp.pm/UBSvbn</a>
18.10.2023: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="https://tsp.pm/X55mY7">https://tsp.pm/X55mY7</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/dhxnTx">https://tsp.pm/dhxnTx</a>
15.11.2023: Ausschuss	Berichtersteller: Licina-Bode (SPD), Plum (CDU/CSU), Benner (Grüne), Lieb (FDP), Brandner (AfD), Hennig-Wellsow (fraktionslos) Beschlussempfehlung und Bericht (20/9354) <a href="https://tsp.pm/J7I7FX">https://tsp.pm/J7I7FX</a>
17.11.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/138) <a href="https://tsp.pm/DJ5hqm">https://tsp.pm/DJ5hqm</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetz (604/23) <a href="https://tsp.pm/3tyNnT">https://tsp.pm/3tyNnT</a>
29.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (604/1/23) <a href="https://tsp.pm/nphAic">https://tsp.pm/nphAic</a>
15.12.2023: 2. Beratung	Anrufung des Vermittlungsausschusses (604/23(B)) <a href="https://tsp.pm/ZZ2PvK">https://tsp.pm/ZZ2PvK</a> Plenarprotokoll (1040) <a href="https://tsp.pm/nZS4Fi">https://tsp.pm/nZS4Fi</a>
<b>VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS</b>	
21.02.2024: Beratung	

IM PROZESS

603/23

## GESETZ ZUR DIGITALEN DOKUMENTATION DER STRAFGERICHTLICHEN HAUPTVERHANDLUNG (DOKHVG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass bisher in erstinstanzlichen Hauptverhandlungen vor den Landgerichten und Oberlandesgerichten nur die wesentlichen Förmlichkeiten in einem schriftlichen Protokoll festgehalten werden, wodurch keine objektive und zuverlässige Dokumentation des Inhalts der Hauptverhandlung zur Verfügung steht. Es soll daher eine gesetzliche Grundlage für eine digitale Inhaltsdokumentation geschaffen werden. Die Dokumentation soll durch eine Tonaufzeichnung erfolgen, die automatisiert in ein elektronisches Textdokument übertragen wird. Zusätzlich soll auch eine Bildaufzeichnung möglich sein, die von den Ländern durch Rechtsverordnung jederzeit teilweise oder flächendeckend eingeführt werden kann. Einer aufgrund der Dokumentation bestehenden Gefährdung der Persönlichkeitsrechte der dokumentierten Personen soll – insbesondere zum Schutz vor einer Veröffentlichung und Verbreitung der Aufzeichnungen und der Transkripte – durch verfahrensrechtliche und materiell-strafrechtliche Regelungen begegnet werden. In Fällen, in denen zum Schutz gefährdeter Personen oder der Staatssicherheit ein ganz besonders hohes Geheimhaltungsinteresse besteht, soll von der Aufzeichnung nach den gleichen rechtlichen Maßstäben abgesehen werden können, wie sie in diesen Fällen für den Ausschluss der Öffentlichkeit gelten.

### AKTUELLER STATUS

### 15.12.2023: 2. Beratung Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
22.11.2022	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/kSmjnh">https://tsp.pm/kSmjnh</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/m28Q1q">https://tsp.pm/m28Q1q</a>
10.05.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/GhxuZg">https://tsp.pm/GhxuZg</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (227/23) <a href="https://tsp.pm/blPWcl">https://tsp.pm/blPWcl</a>
21.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (227/1/23) <a href="https://tsp.pm/ZUvlyN">https://tsp.pm/ZUvlyN</a>
07.07.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (227/23(B)) <a href="https://tsp.pm/uGpXJm">https://tsp.pm/uGpXJm</a> Plenarprotokoll (1035) <a href="https://tsp.pm/r7cFMh">https://tsp.pm/r7cFMh</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (20/8096) <a href="https://tsp.pm/3Lrye3">https://tsp.pm/3Lrye3</a>
21.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/122) <a href="https://tsp.pm/IMfc3A">https://tsp.pm/IMfc3A</a>
11.10.2023: Anhörung	Sachverständigenliste <a href="https://tsp.pm/UKJOpX">https://tsp.pm/UKJOpX</a> Stellungnahmen <a href="https://tsp.pm/ILYVUn">https://tsp.pm/ILYVUn</a>
15.11.2023: Ausschuss	Berichterstatte: Eichwede (SPD), Ullrich (CDU/CSU), Bayram (Grüne), Helling-Plahr (FDP), N.N. (AfD), Hennig-Wellsow (fraktionslos) Beschlussempfehlung und Bericht (20/9359) <a href="https://tsp.pm/wwXogP">https://tsp.pm/wwXogP</a>
17.11.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/138) <a href="https://tsp.pm/m3R2GK">https://tsp.pm/m3R2GK</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetz (603/23) <a href="https://tsp.pm/UdcIAK">https://tsp.pm/UdcIAK</a>
29.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (603/1/23) <a href="https://tsp.pm/UTksas">https://tsp.pm/UTksas</a>
15.12.2023: 2. Beratung	Anrufung des Vermittlungsausschusses (603/23(B)) <a href="https://tsp.pm/KHElu9">https://tsp.pm/KHElu9</a> Plenarprotokoll (1040) <a href="https://tsp.pm/bFOU18">https://tsp.pm/bFOU18</a>

 **VERMITTLUNGSAUSSCHUSS**

 21.02.2024: Beratung

IM PROZESS

588/23

## GESETZ ZUR STÄRKUNG VON WACHSTUMSCHANCEN, INVESTITIONEN UND INNOVATION SOWIE STEUERVEREINFACHUNG UND STEUERFAIRNESS (WACHSTUMSCHANCENGESETZ)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Zustimmungspf. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Ziel, die Liquiditätssituation von Unternehmen zu verbessern und Impulse zu setzen, damit sie dauerhaft mehr investieren und Innovationen wagen können, sollen das Steuersystem mit dem Gesetz an diversen Stellen vereinfacht und durch Anhebung von Schwellenwerten und Pauschalen insbesondere kleine Betriebe von Bürokratie entlastet werden. Vorgesehen ist unter anderem die Einführung einer Investitionsprämie zur Beförderung der Transformation der Wirtschaft in Richtung von insbesondere mehr Klimaschutz, die befristete Einführung einer degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA) für Wohngebäude und die Stärkung der steuerlichen Forschungsförderung. Ferner soll mit dem Gesetz die Grundlage geschaffen werden, die temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes für die Lieferung von Gas über das Erdgasnetz und von Wärme über ein Wärmenetz bereits zum 31. Dezember 2023 auslaufen zu lassen. Der Gesetzgeber hatte die Regelung ursprünglich bis zum 31. März 2024 befristet.

### AKTUELLER STATUS

### 24.11.2023: 2. Beratung Bundesrat

<b>BUNDESREGIERUNG</b>	
14.07.2023	Referentenentwurf <a href="https://tsp.pm/5ZFbCT">https://tsp.pm/5ZFbCT</a>
30.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf <a href="https://tsp.pm/AaqFd9">https://tsp.pm/AaqFd9</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetzesentwurf (433/23) <a href="https://tsp.pm/7Nph7i">https://tsp.pm/7Nph7i</a>
05.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (422/1/23) <a href="https://tsp.pm/pi57AO">https://tsp.pm/pi57AO</a>
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (433/23(B)) <a href="https://tsp.pm/coFfj8">https://tsp.pm/coFfj8</a> Plenarprotokoll (1037) <a href="https://tsp.pm/7hvgch">https://tsp.pm/7hvgch</a>
<b>BUNDESTAG</b>	Gesetzesentwurf (20/8628) <a href="https://tsp.pm/69OChL">https://tsp.pm/69OChL</a>
13.10.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Finanzausschuss) Plenarprotokoll (20/129) <a href="https://tsp.pm/yCxryE">https://tsp.pm/yCxryE</a>
18.10.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
06.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste und Stellungnahmen (Teil 1) <a href="https://tsp.pm/Q2Lulg">https://tsp.pm/Q2Lulg</a> Sachverständigenliste und Stellungnahmen (Teil 2) <a href="https://tsp.pm/zXv3TE">https://tsp.pm/zXv3TE</a>
08.11.2023: Ausschuss	
15.11.2023: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/9341) <a href="https://tsp.pm/lB18en">https://tsp.pm/lB18en</a>
17.11.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/138) <a href="https://tsp.pm/hdSu9l">https://tsp.pm/hdSu9l</a>
<b>BUNDESRAT</b>	Gesetz (588/23) <a href="https://tsp.pm/lGo02O">https://tsp.pm/lGo02O</a>
20.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (588/1/23) <a href="https://tsp.pm/QXokx3">https://tsp.pm/QXokx3</a>
24.11.2023: 2. Beratung	Anrufung des Vermittlungsausschusses (588/23(B)) <a href="https://tsp.pm/2eKisW">https://tsp.pm/2eKisW</a> Plenarprotokoll (1038) <a href="https://tsp.pm/l17HMA">https://tsp.pm/l17HMA</a>

 VERMITTLUNGSAUSSCHUSS

 21.02.2024: Beratung



# ÜBERSICHT DER KW 5

Ausblick auf die politischen Termine 29.01. bis 04.02.2024



## BUNDESTAG

### PLENUM

---

- 149. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 150. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 151. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 152. Sitzung des Deutschen Bundestages

### AUSSCHÜSSE

---

- 80. Sitzung des Finanzausschusses (Öffentliche Anhörung)



## BUNDESRAT

### PLENUM

---

- 1041. Sitzung des Bundesrates

### AUSSCHÜSSE

---

Keine Sitzung.

Nächste Sitzungen: 04.03. - 08.03.2024

 **TERMINE****KW 5****Montag, 29.01.2024**

Heinrich-Böll-Stiftung zu KI

18. Europäischer Datenschutztag

Weizenbaum-Institut zu Algorithmen

**Neu** Finnische Botschaft Berlin zu KI

EAID zu KI-Regulierung

HIIG zu KI

**Dienstag, 30.01.2024**

eco-Neujahrsempfang

**Neu** FNF zu ChatGPT

GEMA zu KI, Musik und Urheberrecht

**Mittwoch, 31.01.2024**

VDV zur digitalen Transformation des ÖPNV

HIIG zu autonomer Mobilität

**Donnerstag, 01.02.2024**

Tagesspiegel zu KI

ZDF zu KI

**Freitag, 02.02.2024**

ZEW zu Digitalisierung und Energieeffizienz



## PLENUM

**Dienstag, 30.01.2024 | 10:00 Uhr****149. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top Ia** Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) (20/7800, 20/7802)
- Top Ib** Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (20/8664) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2023 bis 2027 (20/7801, 20/7802)
- Top I.6** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 25 (Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen) (20/8661, 20/8662)
- Top I.7** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 12 (Bundesministerium für Digitales und Verkehr) (20/8612, 20/8661)
- Top I.8** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 16 (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz) (20/8616, 20/8661)
- Top I.9** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 30 (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (20/8630, 20/8661)

**Mittwoch, 31.01.2024 | 12:00 Uhr****150. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top I.10a** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 04 (Bundeskanzler und Bundeskanzleramt) (20/8604, 20/8661)
- Top I.12** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 14 (Bundesministerium der Verteidigung) (20/8614, 20/8661)

**Donnerstag, 01.02.2024 | 09:00 Uhr****151. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top I.14** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 09 (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) (20/8609, 20/8661)
- Top I.16a** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 07 (Bundesministerium der Justiz) (20/8607, 20/8661)
- Top I.17a** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 06 (Bundesministerium des Innern und für Heimat) (20/8606, 20/8661)
- Top I.17b** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 21 (Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) (20/8661, 20/8662)

Freitag, 02.02.2024 | 09:00 Uhr

## 152. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

- Top I.21** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) (20/8660)
- Top I.22** Beschlussempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses, hier: Haushaltsgesetz 2024 (20/8662, 20/8663)
- Top III** Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (20/9999) – Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (20/10150)
- Top IV** Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) (20/7800, 20/7802, 20/8601, 20/8602, 20/8604, 20/8605, 20/8606, 20/8607, 20/8608, 20/8609, 20/8610, 20/8611, 20/8612, 20/8614, 20/8616, 20/8617, 20/8630, 20/8632, 20/8660, 20/8661, 20/8662, 20/8663)

### AUSSCHÜSSE

---

Montag, 29.01.2024 | 13:00 Uhr

## 80. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES (ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG)

- Top 1a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Finanzkriminalität (Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz – FKBG) (20/9648)
- Top 1b** Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Geldwäsche sowie Terrorismus- und Extremismusfinanzierung konsequent bekämpfen – Kritikpunkte aus Deutschlands Geldwäsche-Zeugnis beheben – Ermittlungsinstrumente bei unklaren Vermögen schaffen und Zollpolizei einrichten (20/9730)



## PLENUM

Freitag, 02.02.2024 | 09:30 Uhr

**1041. SITZUNG DES BUNDESRATES**

- Top 3** Gesetz zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten (3/24)
- Top 4** Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz – DigiG) (4/24)
- Top 16** Entschließung des Bundesrates: Tierschutz stärken – Onlinehandel mit Wirbeltieren stärker reglementieren (628/23) – Antrag des Landes Schleswig-Holstein
- Top 18** Entschließung des Bundesrates zum 2024 vorgesehenen Bericht der Europäischen Kommission über die Bewertung und Überprüfung gemäß Artikel 97 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (639/23) – Antrag des Freistaates Bayern
- Top 23** Entschließung des Bundesrates zur Vereinfachung und Beschleunigung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens (648/23) – Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Top 24** Entschließung des Bundesrates: "Bürokratielasten für den Mittelstand abbauen" (10/24) – Antrag des Landes Schleswig-Holstein
- Top 25** Entwurf eines Gesetzes über die Digitalisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktdigitalisierungsgesetz – FinmadiG) (670/23)
- Top 27** Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes (672/23)
- Top 31** Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze (676/23)
- Top 32** Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz – PostModG) (677/23)
- Top 33** Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 12. März 2019 zur Gründung des "Square Kilometre Array"-Observatoriums (678/23)
- Top 35a** Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems für Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen sowie zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU (539/23)
- Top 35c** Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (BEFIT) (634/23)
- Top 36** Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/106/EWG des Rates im Hinblick auf einen Unterstützungsrahmen für den intermodalen Güterverkehr und der Verordnung (EU) 2020/1056 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Berechnung der Einsparungen bei externen Kosten und die Erhebung aggregierter Daten (644/23)

AUSSCHÜSSE

---

Keine Sitzung.

Nächste Sitzungen: 04.03. - 08.03.2024

 **TERMINE**

KW 5

**Montag, 29.01.2024 | 09:00 Uhr - 16:00 Uhr****HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG ZU KI**

Format: Fachkonferenz (Hybrid)

Titel: KI: Immer größer statt grüner

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung

Teilnehmer: Sergey Lagodinsky MdEP (stv. Vorsitzender des Rechtsausschusses, Fraktion Die Grünen/EFA), Christian Kühn MdB (Parl. Staatssekretär, BMUV), Armand Zorn MdB (Mitglied im Ausschuss für Digitales, SPD-Fraktion), Jan Philipp Albrecht (Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung), Prof. Dr. Lynn Kaack (Juniorprofessorin für Computer Science und Public Policy, Hertie School)

Link: <https://tsp.pm/cjYMEK>

Ort: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

**Montag, 29.01.2024 | 13:00 Uhr - 17:00 Uhr****18. EUROPÄISCHER DATENSCHUTZTAG**

Format: Veranstaltung

Titel: Digitale Transformation – die Datenschutz-Zukunft gestalten

Veranstalter: Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)

Teilnehmer: Alexandra Geese MdEP (stv. Vorsitzende, Fraktion Die Grünen/EFA), Dr. Imke Sommer (Landesbeauftragte für Datenschutz, Bremen; Vorsitzende, Datenschutzkonferenz), Marit Hansen (Beauftragte für Datenschutz, Schleswig-Holstein), Ann Cathrin Riedel (Vorsitzende, LOAD)

Link: <http://tsp.pm/32lgWE>

Ort: Landesvertretung Schleswig-Holstein, In den Ministergärten 8, 10117 Berlin

**Montag, 29.01.2024 | 14:30 Uhr - 16:00 Uhr****WEIZENBAUM-INSTITUT ZU ALGORITHMEN**

Format: Vortrag und Diskussion (Online)

Titel: The Production of Algorithmic Prediction

Veranstalter: Weizenbaum-Institut

Teilnehmer: Ingmar Mundt (wissenschaftlicher Mitarbeiter, Weizenbaum-Institut)

Link: <http://tsp.pm/yubuhS>**Montag, 29.01.2024 | 18:00 Uhr - 19:30 Uhr****Neu FINNISCHE BOTSCHAFT BERLIN ZU KI**

Format: Veranstaltung

Titel: Finnish Innovation Night – Spotlight on Metaverse and AI

Veranstalter: Finnische Botschaft Berlin

Teilnehmer: Benjamin Brake (Leiter der Abteilung Digital- und Datenpolitik, BMDV), Kai Sauer (Botschafter von Finnland in Deutschland), Gunnar Beister (Senior Expert, Internet of Things, Bosch Digital), Dr. Simon Rinas (Head of European Policies, Nokia), Marie von Stauffenberg (Public Policy Manager, Meta)

Ort: Nordische Botschaften, Rauchstraße 1, 10787 Berlin

**Montag, 29.01.2024 | 18:00 Uhr - 20:00 Uhr**

### **EAID ZU KI-REGULIERUNG**

Format: Veranstaltung (Hybrid)

Titel: Exportschlager AI Act – Setzt die EU einen weltweiten Standard für die KI-Regulierung?

Veranstalter: Europäische Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID)

Teilnehmer: Paul Nemitz (Generaldirektion Justiz und Verbraucher, EU-Kommission), Alex Voss MdEP (Mitglied des Rechtsausschusses, EVP-Fraktion), Sergey Lagodinsky MdEP (stv. Vorsitzender des Rechtsausschusses, Fraktion Die Grünen/EFA), Prof. Dr. Ute Schmid (Leiterin des Lehrstuhls für Kognitive Systeme, Otto-Friedrich-Universität Bamberg), Kilian Vieth-Ditlmann (stv. Leiter des Advocacy & Policy-Teams, AlgorithmWatch)

Link: <https://tsp.pm/XBPaux>

Ort: Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin

**Montag, 29.01.2024 | 18:30 Uhr (bis 30.01.2024)**

### **HIIG ZU KI**

Format: Konferenz

Titel: Shifting AI Controversies – Prompts, Provocations & Problematisations for Society-Centered AI

Veranstalter: Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG)

Teilnehmer: Louise Amoore (Professorin für Political Geography, Durham University), Prof. Dr. Christian Pentzold (Universitätsprofessor für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Universität Leipzig), Dr. Alison Powell (Associate Professorin im Fachbereich Medien und Kommunikation, London School of Economics), Marek Tuszynski (Gründer, Tactical Tech), Prof. Dr. Sally Wyatt (Professorin der Digital Cultures, Maastricht University)

Link: <https://tsp.pm/LBjOmP>

Ort: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

**Dienstag, 30.01.2024 | 18:00 Uhr - 22:00 Uhr**

### **ECO-NEUJAHRSEMPFANG**

Format: Neujahrsempfang

Veranstalter: eco – Verband der Internetwirtschaft

Teilnehmer: Claudia Plattner (Präsidentin, BSI), Oliver Süme (Vorstandsvorsitzender, eco)

Link: <https://tsp.pm/CskxE3>

Ort: eco-Hauptstadtbüro, Französische Straße 48, 10117 Berlin

**Dienstag, 30.01.2024 | 19:00 Uhr - 20:00 Uhr**

### **Neu FNF ZU CHATGPT**

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: ChatGPT in der Kommunalpolitik

Veranstalter: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)

Teilnehmer: Maria-Christina Nimmerfroh (Diplom-Psychologin), Dr. Frank Weyers (Leiter des Landesbüros NRW, FNF)

Link: <http://tsp.pm/O37CPI>

**Dienstag, 30.01.2024 | 19:00 Uhr - 20:00 Uhr**

## **GEMA ZU KI, MUSIK UND URHEBERRECHT**

Format: Parlamentarischer Abend

Titel: Musik und Urheberrecht im Zeitalter generativer Künstlicher Intelligenz

Veranstalter: Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)

Teilnehmer: Dr. Christiane Schenderlein MdB (Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Tobias Holzmüller (Geschäftsführer, GEMA), Cécile Rap-Veber (Geschäftsführerin, SACEM)

Ort: Deutsche Parlamentarische Gesellschaft (DPG), Friedrich-Ebert-Platz 2, 10117 Berlin

**Mittwoch, 31.01.2024 | 10:00 Uhr - 16:30 Uhr**

## **VDV ZUR DIGITALEN TRANSFORMATION DES ÖPNV**

Format: Webinar

Titel: 4. VDV-Plattform: Digitale Transformation des ÖPNV

Veranstalter: Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

Teilnehmer: Oliver Krischer (Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr, Nordrhein-Westfalen; Vorsitzender, VMK), Dr. Daniela Gerd tom Markotten (Vorständin Digitalisierung & Technik, DB), Evelyn Palla (Vorständin für Regionalverkehr, DB), Oliver Wolff (Hauptgeschäftsführer, VDV), Prof. Knut Ringat (Vizepräsident, VDV)

Link: <http://tsp.pm/BZC9vI>

**Mittwoch, 31.01.2024 | 19:00 Uhr - 20:00 Uhr**

## **HIIG ZU AUTONOMER MOBILITÄT**

Format: Veranstaltung (Hybrid)

Titel: Digitaler Salon: Fahrplan 4.0

Veranstalter: Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG)

Teilnehmer: Dr. Daniel Hesse (Leiter, Stabsstelle Technologie und Innovation, BVG), Martin Schmitz (Geschäftsführer Technik, VDV), Luisa Kruse (Wissenschaftliche Mitarbeiterin, HIIG)

Link: <http://tsp.pm/wrmJP4>

Ort: HIIG, Französische Straße 9, 10117 Berlin

**Donnerstag, 01.02.2024 | 14:15 Uhr - 15:15 Uhr**

## **TAGESSPIEGEL ZU KI**

Format: Agenda Talk (Online)

Titel: Wachstum durch KI & Digitalisierung

Veranstalter: Verlag Der Tagesspiegel

Teilnehmer: Tabea Rößner MdB (Vorsitzende des Ausschusses für Digitales, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Iris Plöger (Mitglied der Hauptgeschäftsführung, BDI), Thoralf Schwanitz (Government Affairs & Public Policy, Google)

Link: <https://tsp.pm/EqimqI>

**Donnerstag, 01.02.2024 | 17:15 Uhr - 18:30 Uhr**

### **ZDF ZU KI**

Format: Empfang

Titel: medienpolitik@zdf – KI

Veranstalter: ZDF

Teilnehmer: Bettina Stark-Watzinger MdB (Bundesministerin für Bildung und Forschung), Michael Kretschmer MdL (Ministerpräsident, Sachsen), Andreas Grün (KI-Verantwortlicher, ZDF), Constanze Kurz (Informatikerin, KI-Expertin; Sprecherin, CCC)

Ort: ZDF-Hauptstadtstudio im Zollernhof, Unter den Linden 36-38, 10117 Berlin

**Freitag, 02.02.2024 | 13:00 Uhr - 14:00 Uhr**

### **ZEW ZU DIGITALISIERUNG UND ENERGIEEFFIZIENZ**

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Digitalisierung und Energieeffizienz: Status Quo in deutschen Unternehmen

Veranstalter: Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Teilnehmer: Dr. Franziska Brantner MdB (Parl. Staatssekretärin, BMWK), Prof. Dr. Irene Bertschek (Leiterin des Forschungsbereichs Digitale Ökonomie, ZEW; Professorin für Ökonomie der Digitalisierung, Justus-Liebig-Universität Gießen), Dr. Daniel Erdsiek (wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Digitale Ökonomie, ZEW), Markus Ochsner (Vorstandsvorsitzender, ABB), Dr. Ines Ploss (Director Group Procurement, Heidelberg Materials)

Link: <http://tsp.pm/z0K6iE>

#### **KW 6**

**Dienstag, 06.02.2024 | 09:00 Uhr - 10:00 Uhr**

### **TÜV-VERBAND ZU KI**

Format: Meet-Up (Online)

Titel: Sicherheit und Nachhaltigkeit von Künstlicher Intelligenz in Europa

Veranstalter: TÜV-Verband

Teilnehmer: Tabea Rößner MdB (Vorsitzende des Ausschusses für Digitales, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Jörg Bienert (Präsident, KI-Bundesverband), Dr. Frauke Goll (Managing Director, appliedAI), Franziska Weindauer (CEO, TÜV AI Lab)

Link: <http://tsp.pm/ptMOdl>

**Dienstag, 06.02.2024 | 13:00 Uhr - 18:00 Uhr**

## **BMUV UND BITKOM ZUM SAFER INTERNET DAY 2024**

Format: Pressekonferenz (Hybrid)

Titel: Fit & fair by design – Braucht der europäische Verbraucherschutz ein Update?

Veranstalter: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Bitkom

Teilnehmer: Dr. Nils Behrndt (stv. Generaldirektor der Generaldirektion Justiz und Verbraucher, EU-Kommission), Steffi Lemke MdB (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz), Christian Kühn MdB (Parl. Staatssekretär, BMUV), Ramona Pop (Vorständin, vzbv), Dr. Ralf Wintergerst (Präsident, Bitkom)

Link: <https://tsp.pm/Gba6EG>

Ort: Hotel Aquino – Tagungszentrum Katholische Akademie, Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin

**Donnerstag, 08.02.2024 | 19:00 Uhr - 20:30 Uhr**

## **FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ZUR NATIONALEN BILDUNGSPLATTFORM**

Format: Fachgespräch (Online)

Titel: Neuer Name, Neue Ziele? Wohin geht die Reise bei der Nationalen Bildungsplattform?

Veranstalter: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Teilnehmer: Sabine Grützmaker MdB (Mitglied im Ausschuss für Digitales, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Heidrun Allert (Professorin für Pädagogik, Schwerpunkt Medienpädagogik/Bildungsinformatik, CAU), Prof. Dr. Ulrike Lucke (Vizepräsidentin, GI; Leiterin BIRD, Universität Potsdam), Marina Weisband (Publizistin, Psychologin, Beteiligungspädagogin)

Link: <http://tsp.pm/PLHt1m>

# IMPRESSUM

## TAGESSPIEGEL POLITIKMONITORING

---

Verlag Der Tagesspiegel GmbH  
Askanischer Platz 3 · 10963 Berlin  
Geschäftsführer: Gabriel Grabner, Ulrike Teschke  
Verantwortlich im Sinne von §55 Abs. 2 RStV: Lorenz Maroldt, Christian Tretbar  
Tel: (030) 290 21-15 572  
[politikmonitoring@tagesspiegel.de](mailto:politikmonitoring@tagesspiegel.de)  
[monitoring.tagesspiegel.de](http://monitoring.tagesspiegel.de)